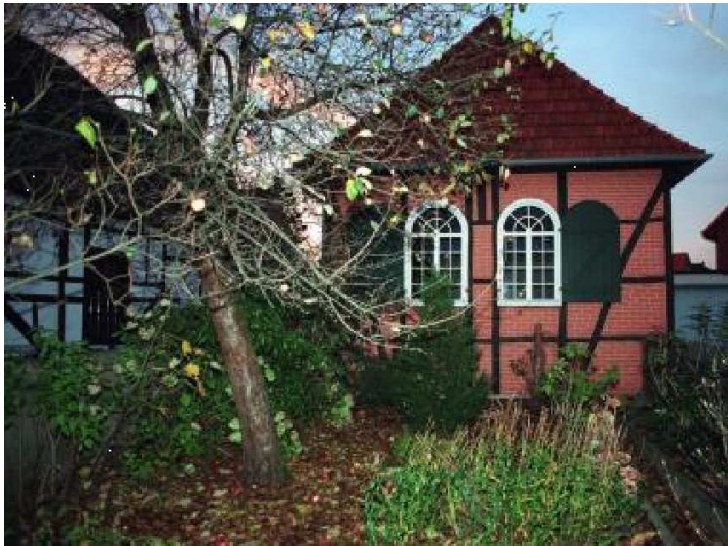


ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT

Mitteilungsblatt des Bochumer Bürgervereins

Bochum, September 2011

Nr. 15



*Alte Dorf-Synagoge im münsterländischen Selm-Bork
Foto: Dirk Vogel*

MASEL TOV

Wir grüßen alle unsere Leserinnen und Leser
zum NEUEN JAHR und wünschen
Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V. BOCHUM

Liebe Freunde und Förderer des Vereins **"ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT e.V."**

Auch in der neuen Ausgabe unseres Mitteilungsblattes berichten wir wieder über Ereignisse, die jüdisches Leben in Bochum in Vergangenheit und Gegenwart betreffen, über Projekte unseres Vereins und der Organisationen in Bochum, mit denen wir kontinuierlich zusammenarbeiten.

In den jüdischen Gemeinden des Ruhrgebiets herrscht seit geraumer Zeit Aufbruchsstimmung. Das ist auch das Thema des von Manfred Keller herausgegebenen Buches „So viel Aufbruch war nie ...“, das Hubert Schneider vorstellt. Manfred Keller, Vorsitzender des Evangelischen Forums Westfalen, stellt die Wanderausstellung „Angekommen“ vor, welche die Situation der nach 1989 aus der früheren Sowjetunion eingewanderten Juden zum Thema hat. Michael Rosenkranz, Mitglied der jüdischen Gemeinde, berichtet in seinem Artikel „Der egalitäre Minjan im Ruhrgebiet“ über den religiösen Aufbruch.

Wolfgang Hering, mit seiner Frau Stolpersteinpate des ermordeten Ehepaars Wald, berichtet über den Besuch der Nachkommen dieser Familie, die heute in Israel leben.

Zwei überlebende Mitglieder der alten jüdischen Gemeinde, mit denen wir über Jahre besonders engen Kontakt hatten, sind im vergangenen Jahr gestorben. Ingrid Wölk, Leiterin des Stadtarchivs, erinnert an Karla Goldberg geb. Baer, Hubert Schneider an Siegfried Spandau.

Schwerpunkt unserer wissenschaftlichen Arbeit ist weiterhin die Aufarbeitung des Schicksals der Bochumer jüdischen Familien Sabine Krämer, stellvertretende Vorsitzende unseres Vereins, stellt ihr Projekt „Ostjuden in Bochum“ vor, ein Thema, das in der Forschung bisher vernachlässigt wurde. Das 2010 von Hubert Schneider veröffentlichte Buch: Die „Entjudung des Wohnraums. „Judenhäuser“ in Bochum. Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner, findet eine gute

Resonanz. Manfred Keller hat das Buch an verschiedenen Orten vorgestellt. Wir drucken seine Würdigung des Buches ab.

Eine Folge der Veröffentlichung des „Judenhaus“-Buches ist, dass Hubert Schneider in andere Städte eingeladen wird. Auf der diesjährigen zentralen Veranstaltung der Stadt Herne zum offiziellen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus hielt er einen Vortrag über die „Judenhäuser“ in Herne und Wanne-Eickel. Wir drucken den Text des Vortrags ab.

Der Kontakt zu den Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde ist nach wie vor eine wesentliche Aufgabe für uns. Er findet seinen Ausdruck in telefonischen und brieflichen Kontakten.

Herzlichst

Ihre Redaktion

Impressum

Herausgegeben von

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.

Redaktion:

Ingrid Schneider

Günter Nierstenhöfer

Dr. Fabian Andor

Anschrift:

ERINNERN FÜR DIE ZUKUNFT E.V.

c/o Dr. Hubert Schneider

Auf dem Aspei 63 - 44801 Bochum

e-mail: hubert.schneider@rub.de

Internet: www.erinnern-fuer-die-Zukunft.de

Quellenhinweis zum Stadtplan

Bochum von 1939: StadtA Bochum, SLG 01/428-5

Inhalt:

H. Schneider	
Rückblick auf die Arbeit des Vereins	5
H. Schneider	
Verlegte Stolpersteine 2010	13
W. Hering	
Stolpersteine – lebende Steine	14
M. Rosenkranz	
Der Egalitäre Minjan Ruhrgebiet	17
G. Nierstenhöfer	
Erster Minjan nach 70 J. in Wattenscheid	26
S. Krämer	
Projekt „Ostjuden in Bochum“	28
H. Schneider	
Zum Tod von Siegfried Spandau	31
Stadtplan Bochum von 1939	34
I. Wölk	
Zum Tod von Karla Goldberg geb. Baer	36
M. Keller	
Bericht zur Ausstellung „Angekommen“	43
H. Schneider	
Buchbesprechung „So viel Aufbruch war nie“	46
M Keller	
Buchbesprechung „Judenhäuser“	48
H Schneider	
Judenhäuser in Herne und Wanne-Eickel	59

Rückblick auf die Arbeit des Vereins.

Inhaltlich standen wieder mehrere Projekte im Mittelpunkt unserer Arbeit, die teils in eigener Verantwortung, teils in Kooperation mit anderen Veranstaltern geplant und durchgeführt wurden.

- Veranstaltung zum 9. November 2010: Wie in den Jahren zuvor ist es auch im Jahre 2010 gelungen, die Arbeit verschiedener Organisationen im Arbeitskreis 9. November zu koordinieren. Sprecher dieses Arbeitskreises ist seit einigen Jahren Hubert Schneider. In zahlreichen Sitzungen, die auf Einladung der Jüdischen Gemeinde in deren Räumen stattfanden, wurde die Veranstaltung geplant und dann auch durchgeführt. Nach der Einweihung der neuen Synagoge im Dezember 2007 versuchen die Veranstalter, auch im Programm zum 9. November dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Im Verlauf des Tages sollte ein Bogen von der Zerstörung der alten Synagoge zur Existenz der neuen Synagoge gespannt werden. 2010 stand die zentrale Gedenkveranstaltung ganz im Zeichen der Erinnerung an eine Bevölkerungsgruppe, die bisher nicht im Zentrum des öffentlichen Interesses stand: Erinnert wurde an die Juden, die im ehemaligen „Blaubuchsenviertel“ am Moltkemarkt, dem heutigen Springerplatz, lebten. Neu war dabei für viele Menschen, dass die Bochumer Juden keine homogene Gruppe waren. Dieses von der Nazipropaganda geprägte Bild herrscht in der Vorstellung vieler Menschen heute noch vor. Was die meisten Juden in Bochum einte, war ihr Selbstverständnis als Deutsche jüdischen Glaubens. Ansonsten fühlten sie sich der gesellschaftlichen Schicht zugehörig, die ihrem Beruf und ihrem Bildungsstand entsprach. Sie wohnen auch in den entsprechenden Wohnvierteln: Die Kaufleute wohnten in der Altstadt, da, wo alle Kaufleute lebten; entsprechend wohnten die jüdischen Akademiker im Viertel Bergstraße/Stadtpark, das

jüdische Kleinbürgertum im Ehrenfeld, die sogenannten Ostjuden und die jüdischen Arbeiter bzw. Kleingewebetreibenden am Moltkemarkt, dem heutigen Springerplatz, und in den angrenzenden Straßen. Im agrarisch geprägten Bochumer Süden, zum Beispiel in Stiepel, wohnten keine Juden. Die sozialen Kontakte wurden nicht vorrangig durch die Religion bestimmt, sondern durch die gesellschaftliche Stellung. So hatte die jüdische Oberschicht kaum Kontakte zu den am Moltkemarkt lebenden Glaubensgenossen, wohl aber zur nicht-jüdischen Oberschicht am Stadtpark. Christine Eiselen und Hubert Schneider hatten in intensiver Arbeit mit einem Schulabschlusslehrgang der Volkshochschule Bochum das jüdische Leben um den Moltkemarkt erforscht. Die Schüler trugen während der Veranstaltung die Ergebnisse ihrer Bemühungen vor. Besonderen Eindruck machten dabei die vorgelesenen Passagen aus dem Tagebuch von Susi Schmerler-Shulamith Nadir - , das in den Jahren 1938 bis 1940 geschrieben wurde. Anschließend hatten die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung die Möglichkeit, die neue Synagoge unter der Leitung von Dr. Manfred Keller zu besichtigen. Dieses Angebot wurde wie im Jahr zuvor wieder so gut angenommen, dass es auch in den kommenden Jahren zu einem festen Programmpunkt am 9. November werden soll. Bereits um 15 Uhr hatten Klaus Kunold und Hubert Schneider sehr gut besuchte Rundgänge zu den in Bochum verlegten Stolpersteinen durchgeführt. Auch diese Rundgänge sind inzwischen zum festen Bestandteil der Gedenkveranstaltungen zum 9. November geworden.

- Das Projekt Stolpersteine wurde 2010 fortgeführt: Im Oktober war Gunter Demnig wieder in Bochum, verlegte 17 neue Steine. In einer Veranstaltung im Bochumer Stadtarchiv stellten die Paten ihre Rechercheergebnisse einer größeren Öffentlichkeit vor. Die Namen der Personen, deren Schicksal die Stolpersteinpaten erforschten,

und die Orte, an denen die Steine verlegt wurden, werden an anderer Stelle in diesem Heft genannt. Nach wie vor betreuen Andreas Halwer vom Stadtarchiv und Hubert Schneider die "Paten": Diese Betreuung beginnt mit der Auswahl der Personen, für die ein Stolperstein gelegt werden soll, wird fortgesetzt bei der konkreten Recherchearbeit. Die Arbeit ist spannend und im positiven Sinne aufregend: Die Beschäftigung mit Einzelschicksalen führt Schüler und Privatpersonen hautnah an ein Thema heran, dem man ansonsten bestenfalls neutral gegenüberstand. Die "Paten" nehmen in vielen Fällen Anstrengungen auf sich (Archivbesuche, Zeitzeugenbefragung), von denen sie vor der Übernahme der Aufgabe keine Vorstellung hatten. Alle Betroffenen nähern sich somit auf sensible Weise einem großen Thema und einem Stück der Stadtgeschichte. Es ist politische Bildungsarbeit im besten Sinne. Die von den Paten in schriftlicher Form vorgelegten Rechercheergebnisse können nachgelesen werden: www.Bochum.de/Stolpersteine

- In das im Dezember 2007 eingeweihte Gemeindezentrum der jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen ist inzwischen das Leben eingezogen. Der Freundeskreis Bochumer Synagoge unterstützt die Gemeinde dabei, dieses Zentrum auch zu einem Ort der Begegnung zwischen Juden und Nichtjuden zu machen. Zahlreiche Veranstaltungen, Vorträge, Konzerte, zeugen davon. Das Interesse an einer Besichtigung der Synagoge ist in der Bevölkerung nach wie vor groß: Bisher wurden einige hundert Führungen durchgeführt. Mehrere Leute führen abwechselnd die Gruppen, inzwischen auch drei Mitglieder der jüdischen Gemeinde, fünf sind Mitglieder des Freundeskreises, darunter auch Hubert Schneider. Die Gruppen – Schulklassen, Vereine, Einzelpersonen – melden sich bei der jüdischen Gemeinde oder bei städtischen Einrichtungen – zum Beispiel bei der Volkshoch-

schule – an, die Führung übernimmt die Person, die an den gewünschten Terminen Zeit hat. Die gemachten Erfahrungen sind durchaus positiv, zeigen aber auch, wie gering das Wissen über jüdisches Leben in der Bevölkerung ist. Von besonderer Bedeutung sind vor allem die Führungen mit jungen Leuten. Dabei besteht die Hoffnung, dass diese Gruppen, wenn sie etwas erfahren über Judentum und jüdisches Leben, weniger anfällig sind für die Propaganda rechter Gruppierungen, die ihre Aktivitäten ja gerade auf Jugendliche ausrichten. In diesem Sinne sind solche Führungen durch die Synagoge auch politische Aufklärungsarbeit.

- Zahlreich sind unsere Aktivitäten in der Stadt: Regelmäßige Stadtführungen zum jüdischen Leben in Bochum (unter Einschluss der bisher verlegten "Stolpersteine") und auf dem jüdischen Friedhof wurden mit unterschiedlichen Gruppen durchgeführt. Eine Kooperation mit dem Katholischen Forum Bochum und der Evangelischen Stadtakademie hat dazu geführt, dass man dort solche Führungen fest in das Veranstaltungsprogramm aufgenommen hat.
- Hubert Schneider hielt auch im vergangenen Jahr bei unterschiedlichen Gelegenheiten Vorträge zur Geschichte der Juden in Bochum: Am 28. Januar 2011 hielt er in Herne auf der offiziellen Veranstaltung der Stadt zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus einen Vortrag zum Thema : Die Einrichtung von „Judenhäusern“ 1939 und deren Funktion bei der Vertreibung der Juden: Das Beispiel Herne/ Wanne-Eickel. Der Text des Vortrags wird in diesem Heft abgedruckt, eine überarbeitete und erweiterte Fassung erscheint demnächst als Aufsatz in einer Zeitschrift. Am 12. April 2011 hielt Hubert Schneider einen Vortrag vor 270 Oberstufenschülern in Herten. Die Stadt feierte den 75. Jahrestag ihrer Stadterhebung – am 20. April 1936 wurden

anlässlich des Hitler-Geburtstags zahlreiche Gemeinden zu Städten ernannt. Hubert Schneider sprach zum Thema „Erinnerungskultur“. Nachgewiesen ist, dass auch aus Herten im Januar 1942 Juden nach Riga deportiert und dort ermordet wurden. Hubert Schneider sprach über das Schicksal dieser Juden aus Herten, ihren Transport nach Riga und seine Spurensuche in Lettland.

- Die Stadt Castrop-Rauxel plant offensichtlich die Verlegung von „Stolpersteinen“, das Projekt wird dort kontrovers diskutiert. Das Stadtarchiv in Castrop lud Hubert Schneider ein, über seine Erfahrungen in Bochum zu berichten. Bei dem Gespräch waren neben der Archivleitung, Vertreter der Parteien im Rat und des Kulturausschusses auch Vertreter einer Bürgerinitiative anwesend.
- Im Rahmen der Veranstaltungen zum 9. November 2010 fand am 27. Oktober 2010 im Stadtarchiv Bochum die öffentliche Vorstellung des Buches von Hubert Schneider: Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“ in Bochum statt. Dr. Manfred Keller stellte das Buch vor, Hubert Schneider las aus seinem Buch. In den folgenden Wochen und Monaten folgten zahlreiche Lesungen von Hubert Schneider, u.a. auch im Jüdischen Museum in Dorsten und in Hattingen. Als Reaktion auf das „Judenhaus“-Buch von Hubert Schneider und die Internetpräsentation der Stolpersteinrecherchen kommen immer wieder Anfragen an den Verein: a) Michael Büchner aus Erfurt erkundigte sich nach der Familiengeschichte von Siegbert Vollmann, dessen Familie ursprünglich aus Schmalkalden kam. Büchner will über die Juden in Schmalkalden forschen; b) aus Israel kam eine Anfrage zur Familie Wahl, Nachkommen der Familie leben offensichtlich in Neuseeland; c) Nachkommen der Familie Heilbronn haben sich aus den USA gemeldet. Erste historische Fotos aus dem Fotoalbum der Familie- sie wur-

den um 1900 in Bochum aufgenommen – wurden übermittelt.

- Einen hohen Stellenwert hat für uns nach wie vor der Kontakt mit den Überlebenden der alten Bochumer jüdischen Gemeinde. Briefwechsel und viele Telefonate zeugen davon. Sehr willkommen ist unser jährlich zum jüdischen Neujahrsfest verschicktes Mitteilungsblatt: Die Reaktionen zeigen, dass es gelesen wird. Diese Kontakte führen auch immer wieder dazu, dass uns Dokumente zu einzelnen Familiengeschichten zugänglich gemacht werden. So erreichte uns eine Anfrage aus Zürich. Frau Evi Lanter-Leitler aus Zürich hatte im Internet unser Mitteilungsheft gelesen, vor allem interessierte sie der Artikel von Sabine Krämer über die Gedenkfeier in Linden. Frau Lanter-Leitler ist eine Enkelin von Oskar Salomon Lipper aus Linden. Sie konnte uns neue Informationen über das Schicksal des Oskar S. Lipper zur Verfügung stellen.
 - Im Rahmen unserer Möglichkeiten beteiligen wir uns an Aktionen, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit geht, die sich gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Neonazis richten. Einige Mitglieder unseres Vereins sind sehr aktiv im „Bochumer Bündnis gegen Rechts.“
 - Regelmäßig bekommen wir Anfragen aus der Stadt oder von außen, die Fragen nach dem früheren jüdischen Leben in Bochum betreffen. Aus den USA meldete sich Frau Roberta Halle-Bass. Wir waren ihr vor Jahren behilflich, die Spuren ihrer Familie in Bochum aufzunehmen – das Grab eines Vorfahren befindet sich auf dem hiesigen jüdischen Friedhof. Frau Halle-Bass betreibt immer noch Familienforschung, wir konnten ihr wieder behilflich sein. Aus Israel haben sich die Nachkommen der Familie Wegerhoff/ Rosenstein gemeldet, die nach der Bochumer Geschichte ihrer Familie fragten, vor allem nach dem Schicksal des jüngsten Bruders Karl-Heinz. Hubert Schneider hat die ihm vorliegenden Informationen nach
- III Gegenzug Informationen zum weiteren Schicksal des

Israel übermittelt, erhielt im Gegenzug Informationen zum weiteren Schicksal des heute in Israel lebenden Zweigs der Familie. Inzwischen konnte in Bochum eine Kusine der Wegerhoffs ausfindig gemacht werden. Die Kontakte zwischen den Wegerhoffs und der Kusine in Bochum sind eingeleitet. In Herne wird ein Buch über den Transport nach Zamosc im April 1942 geplant. Hubert Schneider wurde aufgefordert, einen Artikel über die Deportierten aus Bochum zu schreiben. Das Buch wird Ende 2011 erscheinen. In Holland gibt es eine Forschungsstelle, die sich mit dem Schicksal der Mitglieder der Kindertransporte 1939 beschäftigt. Auf Anfrage schickte Hubert Schneider die ihm vorliegenden Unterlagen zu Bochum. Im Juli 2011 wurde die vom Landesband Westfalen Münster erarbeitete Ausstellung: Verwischte Spuren. Erinnerung und Gedenken an Nationalsozialistisches Unrecht in Westfalen eröffnet. Unser Verein stellte für dieses Projekt das umfassende Text- und Bildmaterial zur Bochumer Familie Schmerler (Shulamith Nadir) zur Verfügung. Für den gleichzeitig erschienen Ausstellungskatalog schrieb Hubert Schneider einen Aufsatz zu dem Bochumer Rechtsanwalt Wilhelm Hünnebeck, der als sogenannter „Mischling 1. Grades“ in die Fänge der Nationalsozialisten geriet. Der „Freundeskreis Bochumer Synagoge“ wird noch in diesem Jahr einen Bild- und Textband zur neuen Bochumer Synagoge veröffentlichen. Hubert Schneider ist an diesem Projekt mit zwei Textbeiträgen beteiligt. Stefan Koldehoff, Redakteur beim Deutschlandfunk, hat sich wieder gemeldet. Es geht immer noch um die Kunstsammlung des Bochumer Bankiers Schüler. In derselben Angelegenheit meldete sich auch RA Stötzel aus Marburg bei uns, der die Rechte der Erben des Kunsthändlers Flechthelm vertritt. Der Bochumer Bankier und Kunstsammler Schüler hatte auch Geschäftsverbindungen mit Flechthelm.

- Nach langer Zeit kam mal wieder Besuch nach Bochum: Tag in unsere Stadt. Sie hatten durch die Internetpresen-

Zwei Enkeltöchter von Richard und Isabella Wald, die auf der Kortumstraße ein Hutgeschäft betrieben, kamen für einen Tag in unsere Stadt. Sie hatten durch die Internetpräsentation der Stolpersteinrecherchen erfahren, dass es in Bochum Menschen gibt, die sich mit der Geschichte ihrer Familie beschäftigen. Während ihres Aufenthaltes wurden sie von den Stolperstein-Paten, dem Ehepaar Hering, betreut.

- Zu den betrüblichen Nachrichten des Jahres gehören Meldungen über den Tod von Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde. In Israel starb Siegfried Spandau, mit dem wir in den letzten Jahren einen umfassenden Briefwechsel geführt hatten. Immer wieder hat er Artikel in unserem Mitteilungsheft veröffentlicht. Er war 1939 mit seinen Eltern nach Argentinien geflohen. In Toronto starb Karla Goldberg geb. Baer. Ihre Eltern hatten früher einen Betrieb im Bochumer Gerberviertel. Die Familie floh 1939 nach Frankreich. In Israel starb Erich Ferse, der 1938 mit seinen Eltern und seiner Schwester nach Palästina geflohen war. In San Francisco starb am 6. Februar 2011 Vernon Heyman. Mit ihm und seiner Frau Eve hatte sich ein enger Kontakt entwickelt, der auch ihre Kinder und Enkel einschloss. Alle gehörten 1995 zu den Besuchern in Bochum. Von einzelnen anderen Mitgliedern der alten jüdischen Gemeinde kommt inzwischen die Post zurück, ohne dass wir sagen können, was der Grund dafür ist.

Nach wie vor gilt: Wir sind im Internet zu finden. Unsere

Adresse:

www.erinnern-fuer-die-zukunft.de

(Hubert Schneider)

Das Projekt „Stolpersteine“

Im Oktober 2010 wurden in Bochum und Wattenscheid durch den Kölner Künstler Gunter Demnig wieder 17 Stolpersteine verlegt. Inzwischen liegen vor den ehemaligen Häusern und Wohnungen der ermordeten Bochumer Juden im Stadtraum Bochum 134 Steine. Während einer Veranstaltung im Stadtarchiv Bochum stellten die „Paten“ ihre Rechercheergebnisse vor. Sie können im Internet nachgelesen werden:

www.bochum.de/Stolpersteine

Wir nennen hier die Namen der Menschen, derer mit den 2010 verlegten Steinen gedacht wird, ebenso die Orte, an denen die Steine verlegt wurden.

Name:

Ort:

Wald, Isabella	Kortumstraße 65
Wald, Richard	Kortumstraße 65
Herschberg, Frieda	Uhlandstraße 5
Herschberg, Simon	Uhlandstraße 5
Herz, Salomon	Widumestraße 11
Benjamin, Cilly geb. Buxbaum	Kanalstraße 3
Alexander, Hermann	Dorstener Straße. 204
Alexander, Bertha geb. May	Dorstener Straße 204
Alexander, Leo	Dorstener Straße 204
Alexander, Kurt	Dorstener Straße 204
Anzel, Hans	Josephstraße. 41
Weissglas, Simon	Goethestraße 9
Weissglas, Isidor	Goethestraße 9
Oppenheimer, Nathan	Am Alten Stadtpark 63
Oppenheimer, Luise geb. Meyer	Am Alten Stadtpark 63
Oppenheimer, Lieselotte	Am Alten Stadtpark 63
Oppenheimer, Gerd	Am Alten Stadtpark 63
Engel, Wilhelm	Wilhelm-Engel-Str. 8
Röttgen, Sophie geb. Wolff	Hattinger Straße 798

(Hubert Schneider)

Stolpersteine – lebende Steine

Ein überlanger ICE aus Berlin, der die ganze Länge des Bochumer Hauptbahnhofes einnahm, entließ eine Menge von Reisenden – wir kannten nicht die drei Israelis (Ora und Margalit mit Ehemann Nir), die wir erwarteten, und sie kannten uns auch nicht, aber erstaunlich schnell waren wir beieinander. Sie kamen über Berlin für einen Tag nach Bochum, um das Haus ihrer Vorfahren zu besuchen und die beiden Stolpersteine vor dem Haus mit den Namen der Großeltern, die wie so viele andere Juden von Bochum in die KZs deportiert worden waren.

2 Stolpersteine vor dem Geschäftshaus in der Kortumstraße 65. Wie viele Menschen mögen darüber schon „gestolpert“ sein, seit diese Steine am 4. Oktober vergangenen Jahres dort verlegt worden sind. Wir, meine Frau und ich, die wir die vorbereitende Recherche über die Familie Wald, die damaligen Geschäftseigentümer, erarbeitet hatten, wir stehen manchmal dort und beobachten die Passanten, oder wir stellen uns vor die Steine und manchmal bleibt dann jemand stehen und es kommt zu einem kleinen Gespräch.

Diese Steine sollen erinnern, an Menschen, die hier einmal lebten, die ihr „Geschäft für eleganten Damenputz“ hier betrieben, modische Hüte entwarfen, wie man sie im Paris der dreißiger Jahre trug oder in Berlin, dazu modische Accessoires. Ein Geschäft in allerbesten Lage, im Zentrum der Stadt, gegenüber dem Kortumhaus, früher Alsberg, ebenfalls einem jüdischen Kaufhaus, nicht weit ab von der alten Synagoge. Wie sieht es aus, wenn man bei den Großeltern aus dem Fenster guckt, aufs Kortumhaus, in die Harmoniestraße, das wollten die Gäste aus dem Kibbuz in Israel gern mit eigenen Augen sehen. Ihre Mutter hatte ihnen und den Enkeln oft von ihrer Kinder- und Jugendzeit hier erzählt. Freundlich waren die türkischen Menschen, die jetzt dort in den oberen Etagen des Hauses wohnen. „Ich denke auch oft an das Haus meiner Großeltern weit weg von hier“, sagte eine junge Frau, „ich ver-

stehe diese Menschen aus Israel.“

Es wurde ein Tag mit lebhaften Begegnungen, ein Tag, an dem Steine anfangen „zu sprechen“. Zusammen mit Dr. Schneider waren wir mit den Gästen auf dem alten jüdischen Friedhof an der Wasserstraße, am Grab der Urgroßeltern von Ora und Margalit, ein besonderer Moment, dort eine kleine Kerze aufzustellen. Dann noch das Grab des damaligen Vorsitzenden der Synagogengemeinde, Herrn Vollmann, mit dem



Die Urenkelinnen Ora und Margalit vor dem Grabstein ihrer Urgroßeltern Willstädt auf dem jüd. Friedhof an der Wasserstr.

Foto: H. Schneider

die Tochter Lotte Wald von Israel aus 1949 korrespondierte wegen verschiedener Unterlagen für ihre toten Eltern. Und so viele andere Grabsteine von jüdischen Bürgern Bochums, die

auf einmal durch die Berichte von Herrn Schneider so lebendig wurden. Steine, die anfangen zu sprechen – das Haus, die Stolpersteine, die Grabsteine.

Wer in Bochum aufmerksam durch den Botanischen Garten geht, kann in einem der großen Gewächshäuser „lebende Steine“ sehen, steinförmige Pflanzen, die von den Steinen, zwischen denen sie in den trockenen Regionen Südafrikas wachsen, kaum zu unterscheiden sind. Eindeutig wird es dann, wenn im Spätsommer oder im Herbst leuchtende, strahlenförmige Blüten aus den „Steinen“ herauskommen, man traut seinen Augen nicht. So konnten wir, die sog. „Paten“ für die Stolpersteine, erleben, wie u n s e r e Steine lebendig wurden, wie daraus lebendige Kontakte entstanden.

Und so passierte das Wunder: Auf der Website der Stadt Bochum erscheinen u.a. die Ergebnisse der Stolpersteinaktion. In Australien entdeckte eine sehr ferne Verwandte den Namen von Elsa und Richard Wald. Und über eine Email-Kette mit verschiedenen Stationen hatten wir schließlich den Kontakt mit den Töchtern von Lotte Wald, Ora und Margalit, gerade rechtzeitig, bevor sie ihre Reise nach Deutschland antraten.

Ora schrieb nach der Rückkehr in den Kibbuz: der Besuch in Bochum war aufregend, die Begegnung mit uns war, „*as if we met family* - als wenn wir Familie getroffen hätten“. Wir sind sehr glücklich und dankbar über diesen Ausgang der Recherche, das wird nicht allen Paten zuteil. Und sie dort wissen, dass nicht Trümmer aus der traurigen Vergangenheit übrig geblieben sind, sondern Menschen, die ihnen und ihren Großeltern „warm feelings and commitment“ entgegenbringen. Ja, Sympathie und Engagement haben wir erlebt.

Eine gute Idee - das mit den Stolpersteinen!

(Dr. Wolfgang Hering und Frau Erika)

Der Egalitäre Minjan Ruhrgebiet

Es war in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion, als in den ehemals kleinen, überalterten jüdischen Einheitsgemeinden, wie sie sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Schoah in Deutschland gebildet hatten, erstmals wieder neue Gesichter zu sehen waren. Ab 1990 wurden sogenannte Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland aufgenommen, - Juden, die wegen ihrer „Volkszugehörigkeit“ (nach stalinistischer Definition) dort diskriminiert worden waren, die zwei Generationen lang ihre Religion nicht ausüben und lernen durften. Sie mussten sich hier nun eine neue Existenz gründen. Durch sie wuchs die Anzahl der Gemeindemitglieder beträchtlich an, und ihr Kommen weckte Hoffnungen auf neues jüdisches Leben, sowohl in den Gemeinden, als auch im nichtjüdischen Umfeld. Eine Aufbruchstimmung entstand. Jüngere Gemeindemitglieder, die außerhalb Deutschlands bereits vielfältiges jüdisches Leben erfahren hatten, erfüllte die Zuversicht, davon auch etwas in ihren Gemeinden verwirklichen zu können.

Auch in der jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen gab es eine Gruppe jüngerer Gemeindemitglieder, die sich davon anregen ließ. Ende 1996 gründeten sie eine Jugendgruppe (unter der Leitung von Jonathan Grünfeld, der später jüdischer Religionslehrer wurde), die fortan vielerlei Aktivitäten entfaltete. Unter anderem besuchte sie am 21.06.1997 in Mülheim a.d.R. einen Vortrag von Frau Rabbiner Bea Wyler über „Modernes Judentum“. Frau Rabbiner Wyler war die erste Vertreterin der „konservativen“ Strömung in Deutschland, einer Ausrichtung im Judentum, die die traditionelle Religionsausübung bewahrt, aber die Geschlechtertrennung aufhob, wie sie in der orthodoxen Strömung beibehalten wird. Mit ihrem Amtsantritt 1995 in der jüdischen Gemeinde Oldenburg und Braunschweig war sie zugleich der erste weibliche Rabbiner in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Vorträge gaben vielen, gegenüber neuen Ideen aufgeschlossenen Juden,

vor allem aber auch Jüdinnen neue Impulse. Die Jugendgruppe in Gelsenkirchen veranstaltete dann im April 1998 in den Räumen der Gemeinde erstmals für die Jugendlichen ein gemeinsam vorbereitetes und gemeinsam durchgeführtes Pessach-Mahl. Im selben Jahr baute sie in der Gemeinde erstmals seit vielen Jahren wieder eine Sukkah (Laubhütte, zum Laubhüttenfest im Herbst) und führte im Dezember 1998, erstmals wieder eine sehr stimmungsvolle, von Gemeindemitgliedern selbst gestaltete Chanukkah-Feier in der Gemeinde durch. Der Antrag der Jugendgruppe, beim nächsten Pessach-Fest in der Gemeinde erneut wieder ein Pessach-Mahl zu gestalten, wurde von der Gemeindeleitung mit formalistischer Begründung abgelehnt. Die Feier fand dennoch statt, jedoch in privaten Räumen, wo sich im April 1999 dann Jüngere und Ältere zu einem gemeinsamen Pessach-Mahl zusammenfanden. Eine fortgesetzt restriktive Haltung der Gemeindeführung entzog der Jugendgruppe schließlich die Möglichkeit zu weiteren Aktivitäten in der Gemeinde. Sie löste sich auf. Ihre Mitglieder blieben jedoch in lockerer Verbindung zueinander.

Bereits im Sommer 1998 hatte ein kleiner Kreis dieser Gemeindemitglieder, die ihr Interesse am Judentum aktiv umsetzen wollten, sich zusammen gefunden zu einem „Lernkreis“, der sich im Anschluss an den Schabbath-Morgengottesdienst in privaten Räumen dann traf (jeweils bis etwa 15 Uhr) und religiöse Themen von gemeinsamem Interesse diskutierte. Diese Treffen fanden bis Dezember 1998 insgesamt 6x statt. Der Kreis löste sich aus mangelnder Zuverlässigkeit dann auf. Doch hielten die Teilnehmer den Kontakt zueinander weiter aufrecht.

Ein sehr engagiertes Mitglied dieses Kreises, Chajm Guski, begründete damals (1998) zugleich eine Internet-Website „Jüdisches Leben“ auf www.talmud.de für „jüdische Geschichte, Alltag und Religion vom Mittelalter bis heute“, die seither ein Forum des Austausches für Interessierte an der

jüdischen Religion wurde und über die auch Interessierte aus anderen jüdischen Gemeinden erreicht werden konnten.

Chajm Guski und Mirjam Lübke, ein anderes Mitglied des o.g. Kreises, hatten dann die Idee, eine überörtliche Möglichkeit zu schaffen, die es interessierten Juden und Jüdinnen des Ruhrgebiets erlauben würde, einmal monatlich einen gemeinsamen Gottesdienst in einer Weise zu gestalten, wie es die erstarrten Strukturen in den orthodox geführten Nachkriegs-Einheits-gemeinden nicht erlaubten. Es sollte (laut Ankündigung-Flyer) „keine neue Gemeinde formiert werden, dazu sind die Gemeinden nämlich zu klein, sondern ... eine Umge-
bung geschaffen werden, Altes auf anderem Wege kennen zu lernen und zu erkunden, um es dann in die eigene Gemeinde einbringen zu können.“. Es wurde betont, dass es keine eigene Gemeinde, sondern eine offene Veranstaltung für alle Juden des Landesverbandes sein soll. Das Projekt erhielt den Namen „Egalitärer Minjan Ruhrgebiet“, womit zum Ausdruck gebracht wurde, dass es eine gottesdienstfähige Versammlung (Minjan) von Juden und Jüdinnen aus dem Ruhrgebiet sein soll, die gleichberechtigt (egalitär; ohne Geschlechterrol-
lentrennung) ihre Religion ausüben wollen. Der damalige Landesrabbiner von Westfalen-Lippe, Dr. Henry Brandt, unterstützte das Vorhaben und half auch, einen geeigneten Raum zu finden. In dem zur Stadt Selm gehörenden Dorf Bork (nördlich von Lünen, im Münsterland gelegen) befindet sich eine im Häuserverzeichnis 1818 bereits aufgeführte Dorf-Synagoge in Fachwerk-Bau-weise, mit Obstbaum-Garten hinter dem Gebäude, die in der Reichspogromnacht 1938 ausgeplündert und im Innern teilweise zerstört wurde, die ansonsten aber stehen geblieben war. Sie musste von der jüdischen Gemeinde an einen Kohlenhändler verkauft werden, dem sie danach als Lagerraum diente. 1983 wurde sie als eine der wenigen erhaltenen Landsynagogen unter Denkmalschutz gestellt. Sie wurde von der Stadt Selm erworben und ab 1991 renoviert: die himmelblaue, mit goldenen Sternen übersäte Decke und die hölzerne Frauenempore wurden wiederhergestellt.

Seit 1994 dient sie der Stadt als Raum für Kulturveranstaltungen. Durch Vermittlung von Rabbiner Brandt konnte der Egalitäre Minjan diese Synagoge dann einmal monatlich von der Stadt Selm zur Durchführung eines Gottesdienstes mieten. An der Miete beteiligten sich die Teilnehmer im Umlageverfahren.

Es fanden sich genügend Interessierte, und so konnte am Samstag, 28.10.2000, um 10 Uhr, ein erster egalitärer Morgengottesdienst in der Synagoge in Selm-Bork durchgeführt werden. Es gab von Anfang an bei den Teilnehmern unterschiedliche Vorstellungen über Sinn und Zweck des Projektes. Für die einen war es eine Möglichkeit, Strukturen und Elemente der konservativen und liberalen Strömungen im Judentum zu erproben und in den Gottesdienst einzuführen. Für andere bot das Projekt ein Forum des Lernens und Trainierens aktiver Gottesdienstgestaltung gemäß dem orthodoxen Ideal, alles selbst zu lernen und zu können, was für die Religionsausübung notwendig ist (vgl. II.B.M. 19, 6), mit dem Ziel, vorbereitet und im Stande zu sein, den Gottesdienst in den eigenen Gemeinden weiter durchführen zu können, wenn es die Situation in Zukunft erfordern würde. In diesem Sinne war der Kenntnisstand der Teilnehmer allerdings sehr unterschiedlich. Nur wenige waren im Stande, vorzubeten, wenn auch anfangs nur mit zitternden Knien und schweißigen Händen. Andere, vor allem Frauen, waren noch nie zuvor in ihrem Leben zur Thorah-Lesung aufgerufen worden. Das erstmalige Sprechen der Segensprüche davor löste große Emotionen aus. Noch andere taten sich noch sehr schwer mit dem Lesen hebräischer Texte. So wurden die Aufgaben, je nach Vermögen, verteilt. Die, die Vorbeten konnten, wechselten sich ab. Manche Texte wurden in deutscher, manche auch in russischer Sprache gelesen (z.B. das Lied am Schilfmeer). Diejenigen, die hebräisch Lesen konnten, aber noch nicht Vorbeten, gingen nach und nach dazu über, die Texte ihrer (vorher festgelegten) Thorah-Lesung zu Hause zu üben und dann im Gottesdienst selber aus der Thorah-Rolle vorzulesen. Man hatte sich auf die sogenannte Dreijahreslesung der Thorah geeinigt, also die gesamte Thorah

nicht in einem, sondern in drei Jahren zu lesen. So waren die Wochenabschnitte kürzer und von den Teilnehmern leichter zu meistern. Mirjam Lübke, die sich immer wieder in Wochenendkursen fortbildete, prägte mit ihrer schönen, klaren Stimme den Melodienreichtum, in dem der Gottesdienst durchgeführt wurde. An den Gottesdienst schloss sich jedes Mal noch ein gemeinsames Essen nach dem Segen über Wein und Brot an, das mit dem Tischgebet beendet wurde. Diese Mahlzeit fand im Sommer oft auf dem kleinen Platz vor der Synagoge unter freiem Himmel statt.

Die materielle Ausstattung verbesserte sich nach und nach. Zunächst wurde nur aus vorhandenen Büchern gelesen, auch die Thorah-Lesung. Ab 2001 stellte die jüdische Gemeinde Bielefeld dem Egalitären Minjan eine kleine sogenannte Reise-Thorah-Rolle leihweise zur Verfügung, eine alte, mit einfacher Schrift auf grobes Pergament geschriebene Schriftrolle, die geradezu liebenswert war. 2004 wurde übers Internet dann eine normale Thorah-Rolle in Israel zum Kauf angeboten, die von einer kleinen, jetzt sich aufgelösten Gemeinde deutscher Einwanderer stammte, die sie aus Deutschland einst nach Israel gebracht hatte. Ein anonymer Spender erwarb diese Thorah-Rolle und schenkte sie dem Egalitären Minjan im Jahr 2004. Die kleine Schriftrolle wurde dann an Bielefeld zurückgegeben. Bis Anfang 2004 hatte man sich mit einem zusammenklappbaren Leseputz für das Vorbeten beholfen. Im März 2004 gab eine Teilnehmerin bei einem ihr bekannten Schreiner ein feststehendes Leseputz in Auftrag, das dann, etwas überdimensioniert und entsprechend teuer, auch geliefert wurde und von den übrigen Teilnehmern im Unlageverfahren finanziert werden musste. Eine gespendete Mezuzah wurde im Juni 2004, anlässlich eines gesondert durchgeführten Morgen-Gottesdienstes von Rabbiner Brandt an der Eingangstür zum Gebetsraum der Synagoge in Selm-Bork angebracht.

Entsprechend den unterschiedlichen Erwartungen der Teilnehmer an den Egalitären Minjan war die durchgeführte Liturgie

von Anfang an Gegenstand von Diskussionen, Auseinandersetzungen und Veränderungen. Anfangs benutzten alle Teilnehmer noch das orthodoxe Gebetbuch („Sefat Emet“, das den Nachkriegsgemeinden gedient hatte, bzw. dessen Nachfolger „Schma Kolenu“ aus den frühen 1990-iger Jahren). Chajm Guski nahm 2001 an einer Jahrestagung der „Union progressiver Juden in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ (der Dachorganisation der nach 1990 im deutschen Sprachraum neu entstandenen jüdisch-liberalen Gemeinden) teil, die damals in Halberstadt unter dem Motto „Erneuerung jüdischen Lebens“ durchgeführt wurde, und kam dort impulsempfänglich mit jüdisch-liberalen Gruppen in Berührung, die den Aufbruchsgedanken in Taten umsetzten und auf die religiöse Praxis ausweiteten. Für ihn war das liberale Judentum, das seit dem II. Weltkrieg nur noch im Ausland existiert und dort sich weiter entwickelt hatte, in Deutschland nun wieder gelebte Praxis und als solche greifbar geworden. Auf der Basis des „Einheitsgebetbuches für die liberalen Gemeinden in Deutschland/Tefillot lekol haSchna“ (herausgegeben von Caesar Seligmann, Ismar Elbogen und Hermann Vogelstein im Auftrag des liberalen Kultusausschusses des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden im Verlag M. Lehrberger & Co., Frankfurt am Main, 1929) erstellte Ch. Guski für den Egalitären Minjan ein Gebetbuch für den Schabbat-Morgen-gottesdienst, das vorsichtig um nicht obligate Texte gekürzt und entsprechend wesentlicher Anliegen der liberalen Strömung verändert war (z.B. wurde die Bitte um Wiederaufnahme der Tieropfer im künftig wiedererrichteten Tempel aus dem Achtzehn-Bitten-Gebet gestrichen). Im Juli 2003 nahmen Ch. Guski und M. Lübke an der Tagung der „Union“ in Berlin teil und kehrten von dort mit vielen neuen Anregungen im Sinne des progressiv-liberalen Judentums zurück. Es kam dann jedoch zu Übermittlungsstörungen gegenüber den „daheim gebliebenen“ Teilnehmern des Egalitären Minjan, von denen einige sich dem konservativen, bzw. orthodoxen Ritus verbunden fühlten, die sich im folgenden Gottesdienst, am 26.07. 2003, von unbesprochenen plötzlichen Veränderungen im Ritus überrumpelt und vergewaltigt vorkamen. Insbesondere

stieß ihnen eine mit einem Mal vorhandene pastorale, autoritäre Haltung des Vorbeters auf, wie sie viele liberale Gemeinden im 19. Jh. von den protestantischen Nachbarn übernommen hatten, die dem orthodoxen Selbstverständnis jedoch fremd war. Eine sehr schwere Auseinandersetzung war die Folge. Einige, die den „progressiv-liberalen Weg“ (im Gegensatz zum bisherigen „konservativen“) nicht mitgehen wollten, traten aus. Chajm Guski gelang eine sehr einfühlsame Vermittlung zwischen den Lagern, die den Fortbestand des Egalitären Minjan fürs erste sicherte. Im November 2003 wurde der Name des Minjan erweitert durch „Vereinigung Progressiver Juden im Ruhrgebiet und Münsterland“. Im März 2004 brachte Ch. Guski eine neue Fassung des „Gebetsbuchs für den Schabbath-Morgengottesdienst“ mit den Texten heraus, die sich im Egalitären Minjan inzwischen etabliert hatten. In orthodoxen Gebetbüchern werden die Erzväter als Familienvorstände stellvertretend auch für die Erzmütter genannt. In der erweiterten Fassung des Einheitsgebetbuchs für die liberalen Gemeinden von 1929 (s.o.) wurden Erzväter und Erzmütter nun paarweise genannt. Im neuen Gebetbuch von 2004 werden zunächst die Erzväter, hernach eigenständig die Erzmütter genannt. Im Juni 2004 brachte Ch. Guski dann auch ein Gebetbuch für den wochentäglichen Morgengottesdienst und im August 2006 und erneut im Jahr 2009 Neubearbeitungen des Gebetbuchs für den Schabbath-Morgengottesdienst heraus. Diese Gebetbücher wurden von ihm jeweils mit großem Aufwand und viel Layout-Geschick hergestellt und halfen den Gottesdienstteilnehmern ganz entscheidend, der Liturgie zu folgen.

Am 02.05.2004 änderte der Egalitäre Minjan Ruhrgebiet seinen Namen in „Etz Ami. Jüdische Liberale Vereinigung im Ruhrgebiet und Münsterland“ („etz ami“ = hebräisch für „Baum meines Volkes“). Eine Vereinsgründung wurde angestrebt, zu der es aus organisatorischen Gründen dann aber nicht kam. Diese geplante „Etablierung“ hatte auch nicht die Zustimmung aller Teilnehmer gefunden. Die Vereinigung hat-

te zu diesem Zeitpunkt ihren Höhepunkt erreicht und wurde auch in der Öffentlichkeit deutlich wahrgenommen. Dennoch stieg die Teilnehmerzahl nicht weiter, - sie hatte in besten Zeiten etwa 25 Personen umfasst -, im Gegenteil: Bisher regelmäßig gekommene Teilnehmer blieben allmählich fort. Ein Grund war die lange Anreise nach Selm-Bork. So suchte man andere Orte. Einige Male fand der Gottesdienst dann in Räumen der Evangelischen Kirche am Hauptmarkt in Gelsenkirchen (Ecke Pastoratstraße/Gabelsberger Straße) statt. Doch fehlte diesen Räumen die Atmosphäre der Dorf-Synagoge in Selm-Bork. Räume in der ehemaligen Grundschule in der Paulstraße in Gelsenkirchen, in denen der Egalitäre Minjan einmal ein Pessach-Mahl durchführte, wurden aus den gleichen Gründen nicht angenommen. Andere Gründe für das Fortbleiben von Teilnehmern waren veränderte Bedingungen in den Heimatgemeinden, in denen sich deren Mitglieder nun wieder wohler fühlten. Hauptgrund für die Regression aber waren fehlende gemeinsame geistige Arbeit, mangelnde Auseinandersetzung mit Inhalten, zunehmende Konsumhaltung und abnehmendes Engagement vieler Teilnehmer. Versuche, über strittige Fragen miteinander zu sprechen, wie etwa bei einem Treff im Oktober 2004, verliefen ergebnislos. Auch war das Gebet zunehmend routiniert geworden, zitternde Knie hatte keiner mehr. Es war aber leer geworden. Den weiterhin Engagierten wurde deutlich, dass es so nicht weitergehen konnte. Sie zogen sich zurück, worauf es zu keinen weiteren Treffen kam. Am Samstag, 30.10. 2010, fand vorerst letztmalig ein Schabbath-Morgen-gottesdienst des Egalitären Minjan in Selm-Bork statt.

Zuvor schon, am 19.10.2010, fanden Chajm Guski und der Autor (der von Anfang an teilgenommen hatte) sich zu einer Unterredung zusammen über die Situation und die Zukunft des „Minjan“. Es wurde die Idee entwickelt, in Zukunft sich einmal monatlich am Samstag-Nachmittag in privaten Räumen zu einem Schabbath-Nachmittags-Gottesdienst (Minchah) zu treffen, nicht festgelegt auf eine bestimmte Strö-

mung im Judentum, mit anschließendem Talmud-Studium, zeitlich streng begrenzt auf den Zeitraum 16-18 Uhr. Wer von den bisherigen „Minjan“-Teilnehmern Interesse daran hätte, könnte kommen. Schwerpunkt des Treffens sollte in Zukunft das gemeinsame Lernen sein. Chajm Guski gab der neuen Veranstaltung den treffenden Namen „Minchah Schi'ur“ – „Nachmittags-Gottes-dienst-Lernen“. Am Samstag, 15.01.2011, traf sich dieser neue Lernkreis zum ersten Mal, mit größtenteils ganz anderen Teilnehmern.

Auch wenn der Rahmen so nun wieder ein ganz anderer geworden ist, so wird der Kreis doch weiterhin von dem Gedanken getragen, im gemeinsamen Bemühen sich die Grundlagen des Judentums für unsere heutige Zeit zu erschließen und, lernend, sich weiter zu entwickeln.

(Michael Rosenkranz)



*Rabbiner Brandt in der Landsynagoge Selm-Bork
Foto: Dirk Vogel*

Erster Minjan nach 70 Jahren wieder in Wattenscheid

Mindestens 10 jüdische Männer sind notwendig für einen traditionellen Minjan. Den hatte es in Wattenscheid in den letzten 69 Jahren nicht mehr gegeben. Zum letzten Minjan hatten sich Mitglieder der jüdischen Gemeinde am 9. November 1940 im Bettengeschäft Röttgen an der Gertrudisstraße getroffen, weil die Synagoge in der Pogromnacht zerstört worden war. Dieses Gedenken galt damals schon den bis dahin verschleppten und ermordeten Mitgliedern der Gemeinde.

Anlässlich der Mahn- und Gedenkveranstaltung zum 72. Jahrestag der Reichspogromnacht trafen sich in Wattenscheid auf dem Nivellesplatz BürgerInnen und Bürger, um mit den mindestens 10 jüdischen Männern das Kaddisch zu beten.

Kantor Frank Jankel Bart, der schon 20 Jahre die Wattenscheider Gedenkveranstaltungen begleitet, war den Tränen nahe, dass nach so langer Zeit mit dem Minjan wieder ein Stück jüdisches Leben nach Wattenscheid zurückgekehrt war.

Durch die Teilnahme eines SchülerInnen-Chores des Mär-kischen Gymnasiums unter Leitung von Marianne Pielstricker konnte das Kaddisch in 4 verschiedenen Formen vorgetragen werden: in der traditionellen, mit Kantor und Chor sowie in der religiösen Fassung. Einen ganz besonderen Wunsch erfüllten 2 Schülerinnen Kantor Bart, in dem sie das Kaddisch mit Saxophonen in einer Fassung von 1910 vortrugen, die ein „kleiner jüdischer Schneider, Josef „Jossele“ Rosenblatt aus Warschau, komponiert hatte, der später in den USA als Kantor und Klezmer-Musiker bekannt wurde“ so Bart.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Wattenscheider jüdische Gemeinde durch Dr. Michael Rosenkranz erinnerte Felix Lipski, der als Kind die Shoah im Minsker Ghetto überlebt hatte, kurz an die schrecklichen Erfahrungen der mit ihm anwesenden beiden anderen Augenzeugen der nationalsozialistischen Verbrechen und jetzt „zugewanderten“ Mitglieder der jüdischen Gemeinde Bochum, Herne, Hattingen und las dann die Namen der 87 jüdischen „Brüder und Schwestern“ aus Wattenscheid vor, die verschleppt und ermordet worden waren.

Pjotr Liebermann, der auch im Chor der jüdischen Gemeinde singt, stimmte mit seiner klaren Solostimme „Die Glocken von Buchen-

wald“ an, in das viele Anwesende einstimmten.

Zum Schluss rief Kantor Bart gerade den zugewanderten Mitgliedern der jüdischen Gemeinde zu: „Seid stark und behauptet Euch in Deutschland zu allererst als Juden, dann dürft ihr auch ein bisschen Ukrainer sein und Deutsche“.

Der 82-jährige Hannes Bienert, seit über 20 Jahren treibende Kraft der antifaschistischen Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit in Wattenscheid und der Gedenkveranstaltungen an die Pogromnacht zeigte sich sichtlich bewegt: „Ihr wisst nicht, wie es mir innerlich zumute ist, ich habe fast keine Worte vor Freude, dass dieser Minjan nach so langer Zeit am Nivellesplatz, nahe der alten Synagoge wieder stattfinden konnte“. Er dankte allen, die dazu beigetragen hatten, dass diese Gedenkveranstaltung hatte stattfinden können, vor allem den „mehr als 10 jüdischen Männern“ ... „und Frauen“ erklang es mehrfach aus den Reihen der Anwesenden ... (auch SympathisantInnen des „Egalitären Minjan“ ?...)

Auf dem Platz erinnern drei gläserne Stehlen, die nach Entwürfen von Dr. Rosenkranz gestaltet wurden, an die 87 jüdischen Opfer des Holocaust aus Wattenscheid und die alte Synagoge.

Mit der israelischen Nationalhymne „haTikwa“/ „Hoffnung“, die das geschändete Judentum nach 1945 hat weiterleben lassen“ so Kantor Bart, endete die Veranstaltung.

(Günter Nierstenhöfer)

Für diejenigen, die „Minjan“ noch nicht kennen:

„Der Minjan ist in der jüdischen Tradition zunächst einmal ein Quorum, eine festgelegte Mindestanzahl von Personen, um gewisse religiöse Rituale durchzuführen. In der Regel handelt es sich hierbei um 10 religionsmündige jüdische Menschen. Die Anzahl 10 wird abgeleitet von Psalm 82.

Die religiösen Strömungen innerhalb des Judentums legen die Tradition jedoch unterschiedlich aus. Im liberalen und konservativen Judentum werden Frauen und Männer gleichberechtigt gezählt, wenn sie älter als 12 bzw. 13 Jahre alt und jüdisch sind, im orthodoxen und chassidischen Judentum nur Männer. Einige modern-orthodoxe Gruppierungen schreiben ein Quorum von 10 Frauen und 10 Männern vor...“

aus „10 sind ein Minjan“ von Adrian Michael Schell in Wikipedia

Projekt über osteuropäisch-jüdische Einwanderer in Bochum

Am 27./28. Oktober 1938 wurden reichsweit etwa 17. 000 Juden polnischer Nationalität über die deutsch-polnische Grenze abgeschoben und nachfolgend in Zbazyń (Bentschen) interniert. Im Vorfeld dieser Abschiebung hatte die polnische Regierung am 6. Oktober 1938 alle in Deutschland lebenden polnischen Juden aufgefordert, sich binnen 14 Tagen ihre Staatsangehörigkeit durch Verlängerung ihrer Pässe bestätigen zu lassen. Nach diesem Zeitpunkt wurde eine Rückkehr der Betroffenen nach Polen ausgeschlossen.¹

Nach dem was wir bisher wissen, waren auch in Bochum etwa 25 Familien von dieser Ausweisung betroffen. Zu ihrer Vertreibung aus Bochum liegen Berichte von Otilie Schöneward², Hermann Brecher und Susi Schmerler³ vor.

Unsere stellvertretende Vereinsvorsitzende, Sabine Krämer, wird sich nun im Rahmen ihrer Tätigkeit an der Historischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum der Erforschung der Geschichte dieser jüdischen Familien widmen. Während in vielen Orten die Deportationslisten der so genannten „Polenaktion“ erhalten geblieben sind, liegt für Bochum eine solche Liste nicht vor. Daher wird es in einem ersten Schritt darum gehen, zu ermitteln, welche Bochumer Familien von diesem Schicksal betroffen waren. Während die Geschichte der etablierten deutsch-jüdischen Gemeinde Bochums und ihrer Mitglieder besonders in

¹ Tomaszewski, Jerzy: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung der polnischen Juden aus Deutschland im Jahre 1938. Osnabrück 2002.

² Wiener Library, Doc P III e, 02/178). Otilie Schoenewald vertrat die linksliberale Staatspartei im Bochumer Stadtrat und war Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes in Bochum. 1934 wurde sie zur Vorsitzenden des Jüdischen Frauenbundes auf Reichsebene gewählt. Sie war die Ehefrau des Vorsitzenden der Bochumer jüdischen Gemeinde, Dr. Siegmund Schoenewald. Schneider, Hubert: Otilie Schoenewald. Kämpferin für Frauenrechte, soziale Rechte, Menschenrechte, Bochum o.J. (2006)

³ Susi Schmerler (Shulamit Nadir) und Hermann Brecher gehörten selbst zu den betroffenen Personen und beschreiben in ihren Berichten auch die Situation im Lager Zbazyń. Die Berichte befinden sich im Archiv der Vereins „Erinnern für die Zukunft e.V.“.

den Arbeiten Hubert Schneiders und durch Publikationen des Bochumer Stadtarchivs aus unterschiedlichen Perspektiven erforscht wurde, hat der hauptsächlich aus polnisch-jüdischen Einwanderern bestehende „ostjüdische“ Gemeindeteil bislang wenig Beachtung gefunden. In der allgemeinen Forschung über „die Ostjuden“⁴ werden diese in den meisten Publikationen entweder als recht homogene Gruppe betrachtet oder auf Stereotype wie den proletarisch-„ostjüdische Malocher“, den jüdisch-orthodoxen „Kaftanjuden“ reduziert. In dieser Arbeit soll der Blick daher bewusst auf die einzelnen Personen gerichtet werden, um ein möglichst nuanciertes Bild dieser Gruppe innerhalb der jüdischen Bochumer Gemeinde zeichnen zu können.

Zum einen wird es darum gehen, die Geschichte dieser Menschen faktisch zu erfassen, das heißt z. B.: Welche osteuropäisch-jüdischen Einwandererfamilien lebten in Bochum? Wo und wie wohnten Sie? Welche Berufe übten Sie aus? Welchen Verfolgungen waren Sie nach 1933 ausgesetzt? Wie verlief Ihr Schicksal nach der Deportation? Den eigentlichen Schwerpunkt der Arbeit bildet aber die Erforschung der Identität, der Selbstverortung dieser Menschen. Wie sahen sich diese Menschen selbst? Als Polen, „Ostjuden“ oder Juden? Vielleicht waren für viele von ihnen diese Kategorien gar nicht oder kaum von Bedeutung. Möglicherweise waren im alltäglichen Miteinander die Familie, die Arbeitskollegen, die Nachbarn, die Gemeinde oder eine politische Partei der wichtigste Bezugspunkt und nicht die „nationale“ Zugehörigkeit. Fraglich ist auch, ob wirklich alle aus Osteuropa nach Bochum zugewanderten Juden die liberale Haltung der alteingesessenen Bochumer jüdischen Gemeinde in religiösen Belangen ablehnten. Eventuell gab es auch Familien, die eine schnelle Integration in die bestehende Gemeinde anstrebten oder solche, die gar keinen Kontakt zur Gemeinde pflegten, sei es da sie zum Christentum konvertierten oder keine religiösen Bindungen suchten. Es ist durchaus denkbar, dass sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer in Deutschland oder in der zweiten Einwanderergeneration politische und religiöse Haltungen veränderten. Wie wir den uns bisher vorliegenden Inter-

⁴ Zum Begriff „Ostjude“ siehe Maurer, Trude: Die Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986, S. 11-16.

views entnehmen können, kam es teilweise zu Konflikten zwischen den Generationen, wie auch zu freundschaftlichen Verbindungen zwischen jungen Menschen aus alteingesessenen und zugewanderten Familien. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Haltung der etablierten deutsch-jüdischen Gemeindemitglieder gegenüber den jüdischen Einwanderern von Bedeutung.

Weitere Fragen des Projektes beziehen sich auf die Zeit nach der nationalsozialistischen Machtergreifung. Durch die eingeleiteten Verfolgungs- und Boykottmaßnahmen verringerten sich die zweifellos bestehenden sozialen und rechtlichen Unterschiede zwischen den etablierten deutschen Juden und den polnisch-jüdischen Migranten. Führte das gemeinsam erfahrene Leid zu einer Annäherung zwischen diesen „Gruppen“? Reagierten die zugewanderten Familien aufgrund der in ihrer Herkunftsregion und in Deutschland schon vor 1933 erlebten Diskriminierung anders, vielleicht „gelassener“ oder gerade besonders wachsam, auf die veränderte Situation seit 1933 als die deutschen Juden, die sich bis dahin überwiegend als gleichberechtigte Deutsche jüdischen Glaubens wahrgenommen hatten?

Das Projekt möchte auch die Wege der nach Polen abgeschobenen Familien nach ihrer Deportation nachzeichnen. Auch hier wird es zum einen um die faktische Rekonstruktion der Ereignisse gehen, zum anderen werden die Auswirkungen der Verfolgungserfahrungen auf den weiteren Lebensweg der überlebenden ehemaligen polnisch-jüdischen Migranten analysiert werden. Wie beeinflussten diese Erfahrungen ihre Entscheidungen in der Emigration? Wie war das Verhältnis der überlebenden, ehemaligen „ostjüdischen“ Einwanderer zu den überlebenden deutschen Juden in der Emigration? Spielten diese Zuordnungen überhaupt noch eine Rolle oder waren ganz andere Verbindungen von Bedeutung?

Im Moment gibt es noch sehr viele offene Fragen und viel Arbeit bei der Auswertung der in den Archiven vorhandenen Archivalien. Auch die während der Besuche jüdischer Emigranten in Bochum geführten Interviews geben einigen Aufschluss. Möglicherweise finden sich unter den Lesern dieses Artikels noch Personen, die uns Informationen oder Dokumente zu den betroffenen Familien oder Kontakte zu Menschen, die uns bei den Recherchen weiterhelfen könnten, übermitteln können. Wir wären sehr dankbar.

(Sabine Krämer)

Zum Gedenken an Siegfried Spandau (23. Dezember 1923 – 24. Oktober 2010)

Der Kreis der Überlebenden der alten jüdischen Gemeinde Bochum, die 1995 zu einem Besuch in ihre alte Heimatstadt kamen, wird immer kleiner: Das ist wohl insofern normal, als diese Menschen alle zwischen 1910 und 1930 geboren wurden. Und dennoch: Jede Todesnachricht schmerzt uns, zumal wir zu vielen der damaligen Besucher im Verlauf der Jahre ein enges Verhältnis aufgebaut haben: Viele Briefe wurden gewechselt, Telefongespräche wurden geführt, in vielen Fällen kam es zu Begegnungen. Und: Viele dieser Menschen haben uns ihre Lebensgeschichte erzählt, uns Dokumente zur Familiengeschichte überlassen. Das war nicht immer einfach für sie, aber eingedenk der Tatsache, dass die eigentlich private Geschichte dieser Familien auch unser Wissen über jüdisches Leben in Bochum, in Deutschland vergrößert, haben sie es dann doch getan.

Siegfried Spandau gehörte zu denen, die immer wieder in ihren Erinnerungen gegraben haben. Er schrieb das Erinnernte auf und schickte es uns zu – wir haben seine Texte wiederholt in unserem Mitteilungsheft abgedruckt. In seinen Briefen – es sind im Verlauf der Jahre mehr als einhundert geworden, die sich alle in unserem Archiv befinden – hat er nicht nur an seine Jugend in Bochum und an die Freunde der Jugend gedacht, sondern mit wachem und originellem Blick die Ereignisse der Welt und besonders in Israel reflektiert und analysiert. Zuletzt konnte er nicht mehr schreiben, aber wir haben miteinander telefoniert, auch noch, als er bereits in einer Klinik in Haifa lag. Das letzte Gespräch führten wir wenige Tage vor seinem Tod, den uns dann Hermann Brecher, der Jugendfreund aus Bochum, mitteilte. Überhaupt: Die Geschichte dieser Freundschaft ist anrührend. Sie beginnt auf der Schulbank in der jüdischen Schule in Bochum, endet abrupt im Oktober 1938, als Hermann als sogenannter „Ostjude“ mit seiner Familie an deutsch-polnische Grenze abgeschoben wurde. Siegfried gelang 1938 mit seinen Eltern die Flucht nach Argentinien. Bis zum Kriegsausbruch gab es noch Kontakte, dann brachen die Beziehung ab – für Jahrzehnte. Erst als wir von Bochum aus 1995 an alle potentiellen Bochum-Besucher eine Adressenliste verschickten, stellten sie

fest, dass beide inzwischen in Jerusalem wohnten – Siegfried Spandau war kurz zuvor mit seiner Frau zugezogen. Seit dieser Zeit waren Siegfried und Hermann wieder viel zusammen – fast wie in alten Zeiten. Dabei konnte Hermann, der seit Mitte der

fünfziger Jahre in Israel lebt, Siegfried, der ja die Landessprache nicht beherrschte, bei der Bewältigung vieler Alltagsprobleme, vor allem bei Behördengängen, behilflich sein. Nach dem Umzug der Spandaus nach Naharija – dort lebt die Tochter – sah man sich weniger, aber fast tägliche Telefongespräche ließen den engen Kontakt nicht abbrechen.



*Bochum 1937- Siegfried Spandau (re.),
Hermann Brecher (li.)*

Nun ist Siegfried tot. Der alte Freund Hermann hielt bei seiner Beerdigung am 25. Oktober 2010 an seinem Grab in Naharija eine kurze Ansprache. Hermann hat sie für uns übersetzt, wir drucken sie mit seiner Genehmigung ab:

Viele Menschen, die an einem bestimmten Ort geboren wurden und dort ihr Leben verbracht haben, beenden dort auch ihr Leben. Aber nicht Fritz, Siegfried, Siegrido, Schlomo Spandau. Sein Leben und Schicksal waren charakteristisch wie das vieler Juden, und die verschiedenen Namen beweisen das.

Ich kannte ihn, als wir zusammen auf einer Schulbank saßen

in der ersten Klasse in der jüdischen Schule in Bochum, Deutschland, im Jahre 1930.

Wir waren sehr befreundet, lernten und spielten trotz der nicht leichten Zeit seit Hitlers Aufstieg zur Macht. Der Kreis unseres Lebens war die jüdische Gemeinde, unsere Freunde, die Synagoge.

Ich kannte die Eltern und Verwandten Spandaus. Im Jahre 1938 trennten sich unsere Wege. Die Familie Spandau emigrierte nach Argentinien und mein Weg ging nach Polen.

Als Abschiedsgeschenk gab ich ihm ein Psalmengebetbuch, das er noch bis heute aufbewahrte. Obwohl wir in entfernten Teilen der Welt wohnten, hüteten wir doch die Verbindung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939. Danach hörten wir viele Jahre nichts voneinander. Dank des Treffens der ehemaligen jüdischen Einwohner in Bochum im Jahre 1995 trafen wir uns wieder - nach 57 Jahren. Es war unglaublich, wir wohnten beide in Jerusalem.

Wir waren nicht mehr jung, und Siegfried war ein neuer Einwanderer, die Sprache, das Land waren neu für ihn, es war nicht leicht. Trotz allem wollte er doch noch produktiv sein und seine beruflichen Kenntnisse in einer humanistischen Institution – Yad Sarah – einbringen. Seine Beschäftigung dort befriedigte ihn sehr.

Aber wieder traf ihn das Schicksal, als seine Frau Rina plötzlich sehr schwer erkrankte. Er hatte den Mut, von Jerusalem nach Naharija zu ziehen. Dort wohnte seine Tochter Ruti, er wollte durch den Umzug alle Schwierigkeiten überwinden.

Wir verabschieden uns heute von meinem persönlichen treuen Freund meiner Kindheit. Wir werden ihn immer im Gedächtnis haben.

(Hubert Schneider





„Her Gift to us was Colour“ - Nachruf auf Karla Goldberg

Am 18. September 2010 starb Karla Goldberg, geborene Baer, im Alter von fast 90 Jahren in Toronto. Sie hinterließ drei Söhne, ebenso viele Schwiegertöchter und 14 Enkelkinder.

Die Überschrift zu diesem Artikel verdanke ich dem Nachruf des Herausgebers der „Canadian Jewish News“, Mordechai Ben-Dat, für Karla Goldberg vom 29.09.2010. Er kannte sie seit Jahrzehnten und war von ihrer Herzlichkeit, ihrer Gastfreundschaft, ihrer Courage und – nicht zuletzt – ihrer direkten Art fasziniert. Karla Goldberg betätigte sich lebenslang künstlerisch und kunsthandwerklich. In seinem Nachruf würdigt Ben-Dat ihren ganz eigenen Umgang mit Materialien, Formen und besonders Farben. „Colour – intense, dazzling and brilliant –“, schreibt er, „was her signature.“ Auch ihr Sohn Gary hebt Karla Goldbergs spezielles Verhältnis zur Farbe hervor und schildert sie als „colourful person“. Während ihres Begräbnisses in Toronto gab er ihren Enkelkindern mit auf den Weg: „A picture speaks a thousand words, but a piece of Karla’s art speaks a thousand thoughts.“ Karlas Kunst an ihren Wänden zu Hause werde permanent zu ihnen sprechen und viele tiefe Erinnerungen wecken. Karla Goldberg selbst sah ihre künstlerische und kunsthandwerkliche Arbeit eng mit ihrem Leben verwoben. Beides in Farbe: vom dunkelsten Grau zu den lebhaftesten Farben. Die „ups and downs“ ihres Lebens forderten ihre (künstlerische) Phantasie heraus, „... challenged my imagination“, wie sie selbst schrieb. Sie transformierte sie in kreatives Schaffen: „into a variety of media and forms“. Zu ihrem 65. Geburtstag gab Karla Goldberg ein kleines Buch mit ihren Arbeiten heraus. Ihr Mann David hatte sie dazu ermutigt. Es war ihrer Familie und ihren Freunden gewidmet und sollte ihnen, wie es im Vorwort heißt, zu einem besseren Verständnis der Schwankungen und Emotionen

in Karlas eigener Welt verhelfen: „I hope that this book will pass on to my family [...] and friends a better understanding of the variations and emotions of my own world“.

Geboren wurde Karla Goldberg als Karola (Rufname: Karla) Baer am 22. Dezember 1920 in Bochum. Sie war die Tochter von Leo und Else Baer. Leo Baer war Kriegsteilnehmer gewesen, zunächst (1914) an der Westfront und später (ab 1915) als Angehöriger der Luftstreitkräfte. Im November 1919 hatte er Else Marx, eine Verkäuferin aus Dortmund, geheiratet. Nach Karla kam als zweites Kind im April 1923 der Sohn Werner zur Welt. Die Baers waren wirtschaftlich erfolgreich und in Bochum fest verankert. Zusammen mit seinem Schwager Hugo Hirschberg führte Leo Baer seit 1919 die Isaac Baer OHG, die von Leos Vater Isaac 1889 als „Trödler-Geschäft“ eröffnet worden war und sich zu einem gut florierenden Unternehmen entwickelt hatte, das mit Rohprodukten aller Art handelte. Die Firma hatte ihren Standort an der Gerberstraße. Leo Baer lebte mit Frau und Kindern bis 1935 an der Wrangelstraße. Der Familie ging es gut. Sie beschäftigte verschiedene Haushaltshilfen und fuhr regelmäßig in den Urlaub. Karla besuchte nach der jüdischen Grundschule das Lyzeum Bochum und im Anschluss daran eine Gewerbeschule. Während der NS-Zeit geriet die Firma Baer unter wirtschaftlichen Druck, konnte sich aber bis 1938 halten. Direkt nach dem Novemberpogrom wurde sie von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) beschlagnahmt und später von einem Treuhänder liquidiert. Die zur Firma gehörenden Grundstücke an der Gerberstraße wurden zwangsversteigert; den Zuschlag erhielt die Stadt Bochum.

Karla Baer hatte die Pogromnacht nicht zu Hause erlebt, sondern in Hofheim bei Würzburg, wo sie seit Oktober 1938 als Hauslehrerin arbeitete. Am 10. November kam sie nach Bochum zurück. Was sie sah und hörte, schockierte sie:

„Ich konnte nicht glauben, was ich sah. In der Nähe des Bahnhofs war ein zerstörtes jüdisches Gebäude. Überall lag

zersplittertes Glas auf der Straße. Alles Mögliche war aus den Häusern hinausgeworfen worden. Die Kortumstraße war verwüstet, die Geschäfte waren leer, geplündert. Dann bin ich nach Hause. Mama begrüßte mich mit Tränen und sagte: ‚Dein Vater ist weg!‘ ‚Was heißt das, er ist weg?‘ ‚Sie haben ihn mitgenommen. Sie sagten, er sei Jude. Deshalb habe er mitzukommen.‘ ‚Und wo ist Werner?‘ ‚Sie haben ihn auch mitgenommen.‘ Meine Mutter war hysterisch. Ich habe dann noch erfahren, dass mein Vater und Bruder auf der Polizeistation seien.“

Karlas Bruder Werner kam nach einigen Tagen wieder nach Hause, ihr Vater Leo erst Mitte Dezember. Zusammen mit etwa 500 anderen jüdischen Männern aus dem Regierungsbezirk Arnsberg hatte man ihn in das KZ Oranienburg-Sachsenhausen transportiert. Vor seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager musste er sich verpflichten, mit seiner Familie „auf dem schnellsten Wege Deutschland zu verlassen.“ Im Februar 1939 gelang den Baers die Emigration nach Frankreich. Karla, ihre Eltern und ihr Bruder waren den Nationalsozialisten vorerst entkommen und mussten ihr Leben und Überleben nun völlig neu organisieren. Mordechai Ben-Dat schreibt in seinem Nachruf: „To say that they left their home meant, in hard fact, that they left their business, property, possessions, friends, context, history and self-definition.“ Sie ließen auch, wie vielleicht hinzuzufügen wäre, ihre Sprache zurück. Sich im Ausland – auch sprachlich – zurechtzufinden, war alles andere als einfach, besonders für die Älteren. Karla und Werner hatten Französisch immerhin in der Schule gelernt.

Das spärliche Umzugsgut der Familie Baer war in zwei „Liften“ nach Paris gelangt. Darin etwas ganz Besonderes: Ein Bronzerelief mit der Darstellung des „Löwen von Juda“. Es war Teil der Gedenktafel für die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs gewesen, die sich im Eingangsbereich der Bo-chumer Synagoge befunden hatte. Während der Zerstörung der prachtvollen Synagoge am 9. November 1938 hatte jemand

den „Löwen von Juda“ an sich genommen und am nächsten Tag im Haus der Familie Baer abgegeben. Der ‚Löwe‘ hatte Bochum zusammen mit Karlas Ziehharmonika verlassen, versteckt in einem Instrumentenkoffer. Karla Baer holte den Koffer samt Inhalt in Paris in dem Lagerhaus ab, in dem das Umzugsgut ihrer Familie untergebracht war und gab ihn nicht mehr aus der Hand. Wie sie es geschafft habe, das Relief über all die Gefahren hinweg zu retten, die noch auf sie zukommen sollten, habe ich von Karla Goldberg vor einigen Jahren wissen wollen. Es war ihr vermutlich selbst ein Rätsel: „Fragen Sie mich nicht ...“.

Als die deutschen Truppen im Mai 1940 in Frankreich einmarschierten, wurden Else, Karla und Werner Baer als „feindliche Ausländer“ in französischen Lagern interniert. Leo Baer war Ende Dezember 1939 in die Fremdenlegion eingetreten, weil er hoffte, auf diese Weise etwas für seine Familie tun zu können. Karla Baer wurde zusammen mit ihrer Mutter und Tausenden anderer Frauen und Kinder zunächst im „Vélodrome d'hiver“ in Paris und dann im „Camp de Gurs“, am Westrand der Pyrenäen, interniert. Da sie Angehörige eines Fremdenlegionärs waren, kamen sie im Juni 1940 wieder frei, bevor die Deutschen das Lager Gurs unter ihre Kontrolle brachten.

Else, Karla, Werner und später auch Leo Baer, der aus der Fremdenlegion entlassen worden war, überlebten den Zweiten Weltkrieg in verschiedenen Dörfern im Département Basses-Pyrénées in Südfrankreich. Vor allem nach der Vollbesetzung Frankreichs durch deutsche Truppen waren sie ständig auf der Flucht vor der Gestapo und der mit ihr kollaborierenden Gendarmerie der Vichy-Behörden. Die Gefahr der Entdeckung und Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten war allgegenwärtig. Sie überlebten, weil Franzosen ihnen halfen. Karla suchte ihren eigenen Weg. Ohne Wissen ihrer Eltern schloss sie sich 1942 der örtlichen Résistance an.

Nach Kriegsende gingen Karla und Werner Baer nach Paris

zurück. Karla bezog ein Mansardenzimmer im Quartier Latin, dem Pariser Universitätsviertel, fand einen kleinen Job bei einem Fotografen und stellte Puppen her; Werner ließ sich zum Kunstmaler ausbilden. Auf einem Ball zum Purimfest lernte Karla Baer den Kanadier David Goldberg aus Toronto kennen. Er arbeitete für das „Joint Distribution Committee“, eine jüdisch-amerikanische Hilfsorganisation und kümmerte sich um jüdische „Displaced Persons“ in Europa. 1947 heirateten Karla und David in Paris, im Herbst 1948 zogen sie gemeinsam nach Toronto. Die Söhne Marty, Gary und Robby wurden geboren. Für Karla war alles neu und fremd in Toronto. Ihre Herkunftsfamilie lebte in Frankreich, und sie hatte oft Heimweh nach Europa. Dennoch brach sie zunächst alle Brücken dorthin ab und hatte große Schwierigkeiten damit, dass ihr Vater Leo Baer nach wie vor an Bochum hing und sogar überlegte, in seine alte Heimatstadt zurückzukehren. Karla Goldberg fand Halt in ihrer Familie und ihrer Kunst. Mit ihrem Mann David lebte sie über 60 Jahre lang zusammen. Er starb 2008.

Einige Jahre zuvor hatte Karla Goldberg sich entschlossen, eine Einladung nach Bochum anzunehmen. Zusammen mit ihrem Mann, ihren drei Söhnen und mehreren Enkelkindern besuchte sie im Jahr 2000 ihre Geburtsstadt. Im Alter war es ihr wichtig geworden, den Ort, in dem sie ihre Wurzeln hatte, noch einmal zu sehen. Sie suchte Kontakt zu alten Freunden und Bekannten und fand zum Beispiel die Familie Fiege. Ihr Vater Leo Baer und Moritz Fiege waren miteinander befreundet gewesen. Sie fand auch Alfred Salomon, eines der wenigen noch lebenden Mitglieder der alten jüdischen Gemeinde Bochum. Vor der NS-Zeit hatten beide sich nur flüchtig gekannt. Das änderte sich jetzt. Karla Goldberg und Alfred Salomon blieben auch nach Karlas Rückreise nach Toronto in engem Kontakt und telefonierten bis kurz vor ihrem Tod regelmäßig miteinander.

Während ihres Besuchs in Bochum entschloss sich die Fami-

lie Goldberg, eine Kopie des ‚Bronzelöwen‘ anfertigen zu lassen und der Stadt Bochum zu schenken. Der damalige Oberbürgermeister Ernst Otto Stüber nahm das Stück am 27. Januar 2001 aus den Händen von Alfred Salomon, als Beauftragtem der Familie, entgegen und versprach, es zu hüten. 2007, während der Einweihungszeremonie der neuen Bochumer Synagoge, überreichte Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz den neuen ‚Bronzelöwen‘ der neuen jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen. Im Eingangsbereich der Synagoge fand er seinen Platz.

Ich habe Karla Goldberg im Jahr 2000 in Bochum kennenlernen und zwei Jahre später in Toronto besuchen dürfen. Dort konnte ich sie noch einmal zu ihrer und der Geschichte ihrer Familie befragen und erfuhr zahlreiche interessante Details, die den schriftlichen Quellen verborgen geblieben sind. Wie der Herausgeber der „Canadian Jewish News“ war auch ich von ihrer Persönlichkeit, ihrer resoluten und gleichzeitig herzlichen Art beeindruckt.

Einige Jahre vor ihrem Tod erlitt Karla Goldberg einen Schlaganfall, der ihre rechte Seite lähmte und sie zunächst daran hinderte, künstlerisch zu arbeiten. Ermutigt von ihrer Familie, verlegte sie sich auf links und malte auch mit der linken Hand. Es entstanden noch zahlreiche farbenfrohe Bilder.

Karla Goldberg fand ihre letzte Ruhe auf einem Friedhof im Norden Torontos. „Karla was layed to her final rest in a secluded, well-groomed cemetery in northern Toronto“, schreibt Mordechai Ben-Dat in seinem Nachruf, „a continent, an ocean and a full, daring, momentous, colourful life away from the small industrial town of Bochum in northwest Germany, where it began 90 years ago.“

In Bochum schlägt der von der Familie (Baer-)Goldberg gestiftete ‚Bronzelöwe‘ die Brücke von der alten jüdischen Geschichte der Stadt zur Gegenwart. In der Ausstellung „Bochum – das fremde und das eigene“ wird unter dem Titel

„Fremd gemacht“ ein Teil der Geschichte der Familie Baer erzählt. Die Ausstellung kann bis auf Weiteres im Bochumer Zentrum für Stadtgeschichte, Wittener Straße 47, besichtigt werden.

Im April dieses Jahres war Gary Goldberg, Karlas mittlerer Sohn, zusammen mit seiner Frau Linda und seiner jüngsten Tochter Eden in Bochum, um Freunde zu treffen und sowohl den ‚Löwen‘ als auch die Ausstellung zu besuchen. Besonders Eden, die Bochum nicht kannte, war überwältigt von der hier präsenten Erinnerung an die Herkunftsfamilie ihrer Großmutter.

(Ingrid Wölk)



*Karla und David Goldberg mit OB Stüber, Bochum 2000
Foto: Stadt Bochum*

Leben zwischen zwei Welten - Jüdische Einwanderer im Ruhrgebiet

Bericht über das Ausstellungsprojekt „Angekommen?! – Lebenswege jüdischer Einwanderer“ des Jüdischen Museums Westfalen

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1990 sind 220.000 jüdische Einwanderer nach Deutschland gekommen. Einblicke in die Lebenswege dieser Menschen vermittelt eine Wanderausstellung des Jüdischen Museums Westfalen in Dorsten. Das Museum, das im nächsten Jahr auf ein zwanzig-jähriges erfolgreiches Wirken als „Lernort“ jüdischer Geschichte und Kultur zurückblicken kann, hat in einem eigenen Forschungsprojekt den russisch-jüdischen Zuzug erkundet und dokumentiert. Das Ergebnis ist die Ausstellung „Angekommen?! – Lebenswege jüdischer Einwanderer“, ergänzt um eine Buchpublikation unter gleichem Titel und eine Arbeitshilfe mit Materialien für Schule und Weiterbildung.

Am Beispiel des Ruhrgebiets präsentiert die Ausstellung die Lebensgeschichten von vierundzwanzig jüdischen Frauen und Männern verschiedener Generationen und unterschiedlicher Herkunftsländer. Die Grundlage bilden biographische Interviews, die von der Historikerin Svetlana Jebrak zu folgenden Fragen geführt wurden: Woher kommen die Einwanderer? Warum kamen sie nach Deutschland? Welche Erfahrungen haben sie in der früheren und in der neuen Heimat gemacht? Welche Rolle spielen die Gemeinden für die Zuwanderer? Welche Formen des Jüdischseins wollen sie leben und welche Zukunftsperspektiven haben sie?

Die meisten jüdischen Migranten sind askenasischer Herkunft. Sie stammen aus der Ukraine, Weißrussland, Moldawien, den baltischen Staaten und Russland. Die Ausstellung und die begleitenden Publikationen zeigen, dass nicht nur die schulische Ausbildung in den Herkunftsländern, sondern auch die soziale Schichtzugehörigkeit bei der Frage nach der „Ankunft“ im Aufnahmeland eine Rolle spielten. Besonders wichtig war die berufliche Eingliederung. Für die meisten Einwanderer ergaben sich

große Schwierigkeiten bei der Suche nach einem angemessenen Arbeitsplatz. Die erste Hürde bildete der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse. Das zweite Problem war die mangelnde Vergleichbarkeit der fachlichen Ausbildung. „Aus einem Diplomingenieur oder einem Chirurgen mit langjähriger Berufserfahrung wurden gleichsam über Nacht unqualifizierte Hilfskräfte“, erfuhrt Svetlana Jebrak in den Gesprächen. Die Neuankömmlinge mussten zunächst ohne Anerkennung ihrer Hochschulabschlüsse auskommen. Nur auf Umwegen und mit viel Fleiß und Ausdauer schaffte ein Teil von ihnen die berufliche Eingliederung.

Die Interviews geben auch Auskunft über die Einwanderungsmotive. Dass es in der UdSSR nicht nur einen staatlich verordneten Atheismus, sondern auch einen militanten Antisemitismus gab, ist bekannt. Er wurde in der Spätphase des Sowjetsystems verstärkt durch die wirtschaftlichen Probleme, die als Folge von Glasnost und Perestroika auftraten. So wundert es nicht, dass die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile, die den jüdischen „Kontingentflüchtlingen“ geboten wurden, einen starken Anreiz für die Einwanderung nach Deutschland bildeten. Ausführlich wird in den Begleitpublikationen dargestellt, wie es zu den bevorzugten Aufnahmeverfahren für Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion kam. Im Frühjahr 1990 beschloss die erste (und einzige) frei gewählte Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Juden aus der Sowjetunion aus humanitären Gründen aufzunehmen und ihnen einen freien Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen; eine Regelung, die im Vertrag über die deutsche Einigung für die gesamte Bundesrepublik Deutschland übernommen wurde. Auf dieser gesetzlichen Grundlage kamen bis 2005 jährlich mehr als 10.000 jüdische Zuwanderer nach Deutschland. Durch die Neuregelung des Aufnahmeverfahrens im November 2005 wurden die Bedingungen bedeutend verschärft. Bereits vor der Ausreise sind deutsche Sprachkenntnisse und eine positive Integrationsprognose nachzuweisen. Die Antragsteller müssen glaubhaft machen, dass sie selbst dauerhaft für ihren Lebensunterhalt in Deutschland sorgen können. Seither ist die Zuwanderung stark zurückgegangen. Die Begleitpublikationen zur Ausstellung – insbesondere das

Heft für die pädagogische Arbeit – geben mit ihren Materialien wichtige Einblicke in die unterschiedlichen Lebenswelten der postsowjetischen Herkunftsstaaten und des Aufnahmeestaates Bundesrepublik Deutschland.

Indirekt gibt die Ausstellung in den vierundzwanzig Porträts auch Einblick in das jüdische Gemeindeleben. Vor fünfundzwanzig Jahren hat niemand voraussehen können, welche Entwicklung jüdisches Leben und jüdische Gemeinden in Deutschland nehmen werden. Durch die Einwanderung „russischer“ Juden ist die Mitgliederzahl in den jüdischen Gemeinden Nordrhein-Westfalens von 5.000 auf 30.000 gestiegen, allein im Ruhrgebiet von 800 auf 10.000. Die Vervielfachung ihres Mitgliederbestandes stellt die Gemeinden vor erhebliche Probleme, nicht nur in finanzieller, personeller und baulicher Hinsicht. Die Interviews zeigen vor allem, dass die vorhandenen Gemeinden mit ihrer traditionellen Ausrichtung der Vielfalt jüdischer Lebensformen kaum gerecht werden. Sie lassen aber auch erkennen, dass junge Juden den Anschluss an jüdische Gemeinden suchen, um ihre eigene jüdische Identität zu finden und zu leben.

(Manfred Keller)

Hinweise zur Ausstellung und den Begleitpublikationen:

Ausstellung:

Die Ausstellung „Angekommen?! Lebenswege jüdischer Einwanderer“ ist als Wanderausstellung konzipiert und kann im Jüdischen Museum Westfalen ausgeliehen werden (Informationen unter: www.imw-dorsten.de). Die Ausstellung umfasst 28 Tafeln (Fahnen) und vier Vitrinen.

Svetlana Jebrak und Norbert Reichling (Hg.): *Angekommen?! Lebenswege jüdischer Einwanderer*. Mit Fotoporträts von Dirk Vogel. Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin, 2010 - Das Begleitbuch zur Ausstellung ist im Buchhandel erhältlich.

„Angekommen?! Jüdische Zuwanderung nach Deutschland 1990 – 2010. Materialien und Vorschläge zur pädagogischen Arbeit, erarbeitet von Svetlana Jebrak, gedruckt mit Unterstützung des Leo Baeck-Programms. Das Heft ist beim Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten erhältlich.

Buchbesprechung

Manfred Keller: „So viel Aufbruch war nie ...“ Neue Synagogen und jüdische Gemeinden im Ruhrgebiet. Chancen für Integration und Dialog, Hentrich & Hentrich Verlag Berlin 2011, 160 Seiten, 19.90 Euro

Recklinghausen, Duisburg, Gelsenkirchen und Bochum – in diesen Städten entstanden während der letzten Jahre 15 Jahre neue Synagogen. Das Revier ist heute bundesweit die Region mit den meisten jüdischen Gemeinden. Durch die Kontingentflüchtlinge aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist die Mitgliederzahl in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens von 5 000 auf 30 000 gestiegen, allein im Ruhrgebiet von 800 auf 10 000.

Das Buch *So viel Aufbruch war nie* – das war das Motto einer Tagung des Evangelischen Forums Westfalen – zeichnet die Entwicklung nach.

Den *Aufbruch* machen die Autoren des klar gegliederten und reich bebilderten Buches in vier Kapiteln deutlich:

Gebauter Aufbruch. Nach *Einblicken in die Geschichte und Gegenwart jüdischer Architektur im Ruhrgebiet* sowie *Reflexionen eines Architekten zum Bau einer Synagoge* werden hier die neuen Synagogen im Ruhrgebiet im Bild vorgestellt. In einem Exkurs bietet Manfred Keller eine auch dem Laien verständliche Einführung in den jüdischen Gottesdienst.

Gelebter Aufbruch. Möglich machte die Renaissance jüdischen Lebens der Zuzug jüdischer Einwanderer aus den Staaten der früheren Sowjetunion. In einem ausführlichen Kapitel werden die Lebenswege jüdische Einwanderer im Ruhrgebiet nachgezeichnet – eine Ausstellung zum gleichen Thema wandert im Moment durch die Städte des Ruhrgebiets. In einer sensiblen Meditation *In der Wüste verzweifelt* wirft Michael Rosenkranz einen Blick aus der Thora auf die Generation dieser Einwanderer. Mehrere Kapitel beschäftigen sich mit dem Alltag jüdischen Lebens in den neuen Gemeinden: In zwei Momentaufnahmen aus dem Jahre 2011 werden Einblicke in das Leben der jüdischen Gemeinde Dortmund gewährt: Vorgestellt werden der Sportverein *Makkabi* Dortmund und das Jugendzentrum *Emuna*. Ausgesprochen verdienstvoll ist es, dass unter der Überschrift *Aufbruch statt Ausbruch. Liberales Judentum entwickelt sich im Ruhrgebiet* meines

Wissens erstmals ein Thema öffentlich angesprochen wird, das Konflikte in allen größeren jüdischen Gemeinden hervorruft: Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass erstmals seit 1945 jüdische Gemeinden in Deutschland wieder eine klare Zukunftsperspektive haben, beginnt in den bis dato einheitlich konservativ ausgerichteten Gemeinden eine Diskussion über liberale Ausrichtungen unterschiedlicher Prägung. Eigentlich ein normaler Vorgang, der sich aber offensichtlich oft kompliziert gestaltet. In drei Kapiteln werden die Liberale Vereinigung Etz Ami in Gelsenkirchen (2005) sowie die Liberalen Gemeinden in Unna (2007) und Oberhausen (2008) vorgestellt.

Aufbruch zum Dialog zwischen Juden und Christen. Nach einem Rückblick von Manfred Keller auf die Beziehungen zwischen Juden und Christen im Ruhrgebiet seit 1945 geht Klaus Wengst der Frage nach den Perspektiven des jüdisch-christlichen Gesprächs unter dem Stichwort *Biblische Ökumene?* nach.

Kultureller Aufbruch. Zwei Themen stehen hier im Mittelpunkt: Die Wiederentdeckung der synagogalen Musik, für die in Bochum der ehemalige Kantor und Lehrer Erich Mendel steht. Es ist das Verdienst von Manfred Keller, der Mendel sozusagen wiederentdeckt hat und durch die von ihm initiierte *Biennale: Musik & Kultur der Synagoge* hier für einen Aufbruch gesorgt hat. In Wort und Bild werden Erich Mendel und die gegenwärtigen Träger dieser Musik vorgestellt. Die Wiederbelebung jüdischen Lebens bedeutet auch, dass die jüdische Küche wieder entdeckt wird. In Bochum wurde – im jüdischen Gemeindezentrum – das jüdische Restaurant, Café und Bistro *Matzen* mit koscherer Küche eröffnet. WAZ-Redakteur Jürgen Boebers-Süßmann stellt das Lokal vor, Michael Rosenkranz gibt Grundinformationen zu den jüdischen Speisevorschriften.

So viel Aufbruch war nie .. ist ein Buch für alle, die an den Entwicklungen im aktuellen jüdischen Leben im Ruhrgebiet interessiert sind. Und: Es ist ein wunderbar ausgestattetes Buch, was dem Herausgeber und dem Verlag zu verdanken ist.

(Hubert Schneider)

Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“ in Bochum

Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner

Vorstellung des Buchs von Hubert Schneider im Stadtarchiv Bochum am 27. Oktober 2010

Vorbemerkungen

Das Buch, das ich Ihnen vorstellen möchte, ist keine leichte Kost. Schon der sperrige Titel lässt erahnen, dass uns hier ein schwerer Brocken vor die Füße gelegt wurde: „Die *Entjudung* des Wohnraums – *Judenhäuser* in Bochum – Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner“. Das Buch liegt mit seinen 470 Seiten und seinem soliden Einband schwer in der Hand. Und der Inhalt liegt einem bei und nach der Lektüre – bildlich gesprochen – schwer im Magen. Wir haben es hier mit einem unbequemen Kapitel unserer Geschichte zu tun, einem belasteten und belastenden Kapitel der nationalen Geschichte und der lokalen Geschichte: nämlich der Entrechtung und Enteignung der Juden im Nationalsozialismus, vorgestellt am Beispiel der Vertreibung jüdischer Menschen aus ihren Wohnungen in Bochum während der Jahre 1939 bis 1942. Mehr noch: Wir haben es zusätzlich mit einem beschämenden Kapitel unserer Geschichte zu tun, wenn wir auf die unsäglichen Vorgänge der Nachkriegszeit blicken, die sich unter der Überschrift der sogenannten „Wiedergutmachung“ abspielten. Das alles wird uns in diesem Buch vorgestellt und – völlig zu Recht – manchmal auch regelrecht vorgeführt.

Die „Entjudung des Wohnraums“, diese groß angelegte, behördenmäßig geplante Unrechtsaktion, fand in Bochum wie überall unter den Augen der Öffentlichkeit statt. Und doch wurde sie weitgehend beschwiegen, nicht nur während der NS-Zeit, sondern auch im Nachkriegsdeutschland. Die Gründe dafür liegen zu einem nicht geringen Teil in der schon angesprochenen „Wiedergutmachung“. Verließ nach 1945 die Auseinandersetzung mit der jüdischen Geschichte schon generell sehr zögerlich, sehr zäh und vor allem lokal gegen beträchtliche Widerstände, so gilt dies speziell für die sog. „Entjudung“ von Wohnungen und die Einrichtung der „Judenhäuser“. In der allgemeinen Erinnerungs-

arbeit taucht der ebenso vielschichtige wie unangenehme Themenkomplex eher sporadisch auf, und auch die Forschung hat diesen Gegenstand erst relativ spät und nur vereinzelt aufgenommen. Umso bedeutsamer und gewichtiger ist der Beitrag, den das vorliegende Buch für die Geschichtsforschung wie für die Erinnerungskultur darstellt.

Meine Damen und Herren, die beiden Stichworte „Geschichtsforschung“ und „Erinnerungskultur“ tauchen hier nicht zufällig auf. Sie müssen genannt werden, wenn man den Ertrag und die Bedeutung des Buches angemessen beschreiben will. Zugleich aber kennzeichnen diese beiden Stichworte auch die Leistung des Autors. Erinnerungskultur und Geschichtsforschung – in dieser Reihenfolge! – sind – bildlich gesprochen – die Brennpunkte einer Ellipse, in der sich das Engagement und die Arbeit von Hubert Schneider an der Universität und in unserer Stadt vollziehen. Und das schon seit vielen Jahren.

1. Der Autor

Wer ist Hubert Schneider? Nun, vielleicht heißt es, Eulen nach Athen tragen, wenn ich ihn, den alle mit der Berufsbezeichnung „Historiker“ kennen, ausgerechnet im Bochumer Stadtarchiv vorstelle. Aber ich tue dies dennoch, und zwar nicht nur, weil es bei einer Buchpräsentation der guten Form entspricht, dem Autor einen Kranz zu winden. Ich denke vielmehr, man sollte biographisch etwas von Hubert Schneider wissen, um den vollen Zugang zu finden zu diesem sauber gearbeiteten, hoch informativen Buch; zu diesem lexikalisch angelegten und teilweise in der Sprache der Akten geschriebenen Werk; zu diesem einfühlsamen und – ja – liebevollen Epitaph für hundert geschundene Bochumer Juden.

Hubert Schneider, Jahrgang 1941, wurde in Karlsruhe als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Er fand über Umwege zur Geschichtswissenschaft: Schon mit 14 Jahren musste er in der Industrie arbeiten, holte aber auf der Abendschule sein Abitur nach und studierte dann, zuerst gegen den Willen der Familie, in Freiburg im Breisgau Geschichte, Germanistik und Politik.

1967 machte er sein Staatsexamen und arbeitete anschließend als Lehrer. Eine Bekanntschaft mit Moritz Schlesinger, einem deutsch-jüdischen Diplomaten der Weimarer Zeit beeinflusste seine Entscheidung für die Wissenschaft. Er promovierte 1972 und arbeitete bis 1974 an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe. Danach kam er als Akademischer Rat an das Historische Institut der Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte. Hier spezialisierte er sich auf die Geschichte der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei. Das ist der eine Brennpunkt der Ellipse. An der Universität wurde Schneider im Jahr 2004 pensioniert.

Seither wendet er sich verstärkt dem zweiten Brennpunkt in seinem Schaffen zu, der Erinnerung an die jüdische Geschichte Bochums und der Begegnung mit Bochumer Juden. Hubert Schneider war Mitbegründer des Vereins „Erinnern für die Zukunft e.V.“. Diesem Bochumer Bürgerverein verdanken wir, dass weit über 100 ehemalige Bochumer jüdischer Herkunft, die in der Nazi-Zeit fliehen mussten, im Jahr 1995 zu einer großen Besuchswoche nach Bochum kamen, wobei sehr viele von ihnen zum ersten Mal nach der Shoah wieder den Boden ihrer Geburtsstadt betraten. In den folgenden Jahren hat es weitere Besuche kleinerer Gruppen gegeben, immer betreut vom Verein „Erinnern für die Zukunft“, dessen Vorsitzender Dr. Schneider seit etlichen Jahren ist. Er hält den Kontakt zu den Emigranten durch Briefe und Mails, er hat zusammen mit seiner Frau Ingrid seither zahlreiche Reisen zu den ehemaligen Bochumern unternommen – nach Israel und in die USA, nach Mittel- und Südamerika.

Von diesen Reisen haben beide neben den Erinnerungen aus mündlichen Berichten eine Fülle von Unterlagen mitgebracht, die sich in vielen wissenschaftlichen und populären Veröffentlichungen niederschlugen, zuletzt nun in diesem Buch. Das Archiv des Vereins „Erinnern für die Zukunft“, das Hubert und Ingrid Schneider aufgebaut haben, ist eine „unschätzbar wichtige Quelle zur jüdischen Geschichte Bochums“, so die Leiterin des Stadtarchivs, Dr. Ingrid Wölk, im Vorwort des hier vorzustellenden Buches.

2. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit

Bevor wir uns den Vorgängen in Bochum und damit dem Buch im Detail zuwenden, sind einige Informationen zur Entstehung der „Judenhäuser“ im Zusammenhang mit der sogenannten „Entjudung des Wohnraums“ angezeigt. Beide Begriffe gehören in das Wörterbuch des Unmenschen. Beide kennzeichnen bestimmte Stadien und Formen der Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit. Dazu ein kurzer, lokal fokussierter historischer Rückblick.

Am 30. Januar 1933 waren die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht gekommen. Reichspräsident Paul von Hindenburg hatte Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Als diese Nachricht am Nachmittag des 30. Januar in Bochum bekannt wurde, beeilte sich die örtliche NSDAP, einen „spontanen“ Siegeszug zu organisieren. „Tausende standen an den Straßen, um die Fahnen der deutschen Freiheitsbewegung zu begrüßen“, jubelte die nationalsozialistische Parteizeitung „Rote Erde“ in ihrer Bochumer Ausgabe. Die Wirklichkeit bot ein differenzierteres Bild. In der Bevölkerung rief die Machtübernahme keineswegs nur Begeisterung hervor, sondern auch Angst. Ein Zeitzeuge schilderte die Stimmung aus der Rückschau so: „Das war eine Begeisterung von SA-Leuten und SS, das konnte man sich gar nicht vorstellen, und die Zustimmung, die teilweise Zustimmung der Bevölkerung schon damals. ... Unüberhörbar die Rufe: Deutschland erwache! Juda verrecke! ... Es wurde einem eiskalt dabei.“ (Fritz Claus, späterer Oberbürgermeister von Bochum)

In den folgenden Wochen ging die SA überall in Deutschland mit brutalem Terror gegen ihre politischen Gegner vor. Sie verhaftete und folterte Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, aber auch Juden. In Bochum entstanden im Frühjahr und Sommer 1933 einige berüchtigte Folterstätten: Das Hedtberghaus in Dahlhausen, die Zeche Gibraltar in Stiepel und die Hegelschule in Gerthe. Im Keller dieser Schule, dem „Gerther Blutkeller“, wurde am 5. Juli 1933 der jüdische Kaufmann Albert Ortheiler zu Tode geprügelt. Er ist das erste von über 500 jüdischen NS-Opfern aus Bochum, deren Namen ver-

zeichnet sind im „Gedenkbuch der Opfer der Shoa aus Bochum und Wattenscheid“. Von diesem Gedenkbuch wird später noch die Rede sein, weil es auch und sehr wesentlich in die Geschichte des Buches über die Judenhäuser und ihre Bewohner hineingehört.

Im Unterschied zu den Bewohnern der späteren Judenhäuser, die – mit wenigen Ausnahmen – deportiert und in den Vernichtungslagern ermordet wurden, fand Albert Ortheiler seine letzte Ruhestätte auf dem jüdischen Friedhof an der Wasserstraße. Der bis heute erhaltene Grabstein vermerkt außer dem Namen allerdings nur das Geburts- und das Sterbejahr. Die Todesursache auch nur anzudeuten oder gar offen zu nennen, hätte grausame Gewalt zur Folge gehabt.

Am 1. April 1933 wurde reichsweit ein Boykott gegen jüdische Geschäfte durchgeführt. Die zentral gesteuerte Aktion war das Signal, das die antijüdischen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet auslöste. Wenige Tage später, am 7. April, wurde das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen, das in § 3 – dem sog. „Arierparagraphen“ – folgende Bestimmung enthielt: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“ Als „nicht arisch“ galt, wer von „nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammte. Den Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst und dem Boykott folgten drastische berufliche Einschränkungen für jüdische Ärzte und Rechtsanwälte. Einschneidende soziale Ausgrenzung brachte das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ vom 25. April 1933. Es verfügte eine proportionale Beschränkung der Zahl jüdischer Schüler und Studenten und war der erste Schritt auf dem Weg zur Relegierung der jüdischen Jugend aus den Institutionen des staatlichen Bildungswesens.

Die Diskriminierung und Verfolgung der Juden nach 1933 ging in Schüben vor sich, und auch die Entrechtung erfolgte in Etappen. Die entscheidenden Etappen sind die „Nürnberger Gesetze“ von 1935 und die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, als überall in Deutschland die Synagogen

in Brand gesetzt wurden. Diese beiden Etappen bilden bei den Betroffenen auch die entscheidenden Voraussetzungen zum einen für das teils „freiwillige“, teils zwangsweise erfolgte Räumen von Wohnungen und zum andern dafür, wer dann später deportiert wird. Deshalb müssen die auf pseudowissenschaftlichen Grundlagen konstruierten „Rassegesetze“ hier zumindest erwähnt werden. Sie unterschieden zwischen „Reichsbürgern“ (= „Deutschblütigen“) und „Staatsangehörigen“, vor allem eben den Juden, die damit aus der Gemeinschaft der „Volksgenossen“ juristisch ausgeschlossen und zu Menschen zweiter Klasse gemacht wurden. Wie menschenverachtend das für sie geschaffene Sonderrecht war, belegt das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.“ Es verbot die Ehe zwischen Juden und „Ariern“; außerehelicher Verkehr zwischen Juden und „Ariern“ war ebenfalls verboten und wurde als „Rassenschande“ gerichtlich verfolgt. Von nun an mussten „arische“ Ehepartner, die sich *pro forma*

hatten scheiden lassen, um ihren Beruf weiter ausüben zu können, damit rechnen, als „Rassenschänder“ verurteilt zu werden, wenn sie weiter im Kreis ihrer Familie lebten und denunziert wurden. Ihnen drohten Freiheitsstrafen oder das KZ. In mehreren Verordnungen zu diesem sog. „Blutschutzgesetz“ definierten das Regime und seine Bürokratie, wer als Jude zu betrachten sei. Sie schufen Begriffe wie „Volljude“, „Mischling 1. Grades“, „Halb- und Vierteljude“ usw. Nachdem diese Definitionen Gesetzeskraft erlangt hatten, glaubten die Betroffenen anfangs, dass ihre Rechtsstellung – wenn auch eingeschränkt – für die Zukunft feststehe und sie vor „Einzelaktionen“ geschützt seien. In Wirklichkeit waren die Nürnberger Gesetze aber der Einstieg in die Vernichtung der Juden. Denn sie lieferten die Kriterien – und die gesetzliche Grundlage! – dafür, wer deportiert und umgebracht wurde.

Eine weitere und ebenso entscheidende Etappe auf dem Weg von der Verfolgung zur Vernichtung bildeten die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, als überall in Deutschland die Synagogen in Brand gesetzt wurden, jüdische Geschäfte, Praxen und Wohnungen geplündert und zerstört wur-

den. An den Folgen der in dieser Nacht erlittenen Gewalt sind etwa 100 Juden gestorben, eine nie zu ermittelnde Zahl wurde in den Tod getrieben. Aus Bochum ist mindestens ein solcher Suizid nachträglich bekannt geworden.

Wir beschließen die Rückblende mit einem Blick auf die Abwanderung der jüdischen Bevölkerung aus Bochum. Die Jüdische Gemeinde Bochum war im Jahr 1932 mit 1134 Mitgliedern die drittgrößte Gemeinde in Westfalen. Am 1. April 1933 waren es 1069, am 1. April 1934 noch 839, am 10. Oktober 1938 nur noch 644. Nach der offenen Gewalt in der Pogromnacht und den anschließenden Massenverhaftungen jüdischer Männer setzte eine Fluchtwelle ein, die im Jahr 1939 ihren zahlenmäßigen Höhepunkt erreichte.

3. Das Buch:

Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“ in Bochum – Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner

An diesem Abschnitt der jüdischen Geschichte in Bochum und allgemein in Deutschland setzt das Buch von Hubert Schneider ein. Denn unmittelbar nach dem Pogrom – also bereits im November 1938 – kündigte Göring die Überprüfung der jüdischen Wohnverhältnisse an. Das Ziel war, die Juden aus den großen Wohnungen herauszubekommen und in kleineren Wohnungen oder in besonderen Häusern zu konzentrieren. Ghettobildung sollte allerdings vermieden werden. Der Begriff „Judenhaus“ wurde dann für Wohnhäuser aus jüdischem Eigentum (oder in einzelnen Fällen: ehemals jüdischem Besitz) verwendet, in die ausschließlich jüdische Mieter und Untermieter eingewiesen wurden. Wer in diesem Zusammenhang als Jude galt, war im § 5 der *Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* vom 14. November 1935 geregelt.

In der Einleitung des Buches, deren Lektüre unverzichtbar ist für den, der die Vorgänge verstehen will, beschreibt Schneider umfassend und detailliert „Die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung von Judenhäusern und deren Umsetzung für Bochum“ (Kap. 1). Im 2. Kapitel werden „Entjudung und Arisierung in der NS-Zeit“, wiederum am Beispiel der Stadt Bochum ge-

schildert. Die „Arisierung“ war ein staatlich organisierter Raubzug, der nicht zuletzt deshalb so durchschlagend „erfolgreich“ war, weil sich in dieser Enteignungsaktion ideologische Ziele und handfeste Interessen höchst effektiv ergänzten. Die Darstellung führt dem Leser nicht nur das juristische Instrumentarium vor, das dabei eingesetzt wurde, sondern auch die zahlreichen Institutionen auf den verschiedenen politischen Ebenen sowie etliche der handelnden Personen. Denn Beamte, Angestellte und Parteileute sorgten für einen reibungslosen Ablauf der Wohnungswechsel und späteren Räumungen im Zusammenhang der Deportation, einschließlich der anschließenden „Verwertung“ des nun herrenlosen Eigentums. Dabei arbeitet der Verfasser heraus, dass es – gerade, was den letzten Punkt betrifft – in Bochum deutliche Unterschiede zu den Vorgängen in Berlin, Hamburg oder München gab. So hat etwa in Bochum eine Versteigerung der von jüdischen Familien hinterlassenen Gegenstände in keinem Fall stattgefunden.

Völlig parallel aber zu den genannten Metropolen waren es auch in Bochum weithin dieselben Beamten und Angestellten in den Ämtern (sowie ehemalige Parteigenossen in den juristischen Institutionen), die nach 1945 die sog. „Wiedergutmachung“ abwickelten. Diese Vorgänge im allgemeinen und für Bochum im Besonderen entfaltet Kap. 3 der Einleitung. Ein 4. Kapitel widmet sich zunächst überblicksartig der jüdischen Geschichte Bochums und sodann der Quellenlage für die Erforschung des – aus heutiger Sicht – letzten Abschnitts dieser Geschichte der alten jüdischen Gemeinde Bochums.

Der NS-Staat hatte bei der Entrechtung und Ausbeutung der Juden in dieser letzten Phase vor der Shoah ein großes Arsenal von Pfeilen und sonstigen Marterwerkzeugen im Köcher. Deren Wirkungsweise wird von Hubert Schneider nicht in der Einleitung des Buches behandelt, sondern im Zusammenhang des ersten dargestellten Schicksals innerhalb der Vorstellung des ersten Judenhauses. Dazu bedient sich der Autor des Stilmittels der Exkurse, die im vorliegenden Fall den Vorzug ha-

ben, dass sie sehr konkret und anschaulich sind.

Im übrigen – von diesem Kunstgriff abgesehen – folgt die Struktur des Buches dem Gegenstand „Judenhaus“ und – wie der Titel schon sagt – seinen Bewohnern. Zum Ertrag der Schneider'schen Forschung gehört vorneweg schon, dass er ein neues Ergebnis im Blick auf die Zahl der Bochumer Judenhäuser erarbeitet hat. Gingen wir bisher davon aus, dass es acht Judenhäuser waren, so weist Hubert Schneider weitere zwei nach. Weit wichtiger und umfassender aber sind die Erträge seiner Forschung zu den Menschen, die in diesen Häusern leben mussten. Akribisch genau wird nachgezeichnet, wie Einzelne und ganze Familien aus ihren angestammten Wohnungen und ihren jeweiligen sozialen Zusammenhängen herausgerissen wurden, wie sie unter oft katastrophalen Bedingungen in den stigmatisierten Judenhäusern isoliert, gedemütigt und zermürbt wurden. Um dem Leser zumindest eine Ahnung von der Stimmung und dem Lebensgefühl in diesen Häusern zu geben, greift der Autor auf Auszüge aus Tagebüchern von Viktor Klemperer zurück. Die Bochumer Bewohner dürften genau so empfunden haben. Wenn sie in ihren Briefen davon nichts nach außen dringen ließen, so deshalb, weil sie ihre Angehörigen nicht belasten wollten. Das gilt nachweislich für Karola Freimark, deren bewegende Briefe aus dem Judenhaus an der Horst-Wessel-Straße uns in dem von Hubert Schneider herausgegeben Briefband vorliegen.

Dankenswerterweise hat der Lit-Verlag das vorliegende Buch gut ausgestattet. So bieten das Vorsatzpapier am Anfang und das Nachsatzpapier am Ende jeweils Auszüge aus Bochumer Stadtplänen in unterschiedlichen Maßstäben. Diese Karten – hier im Bild – zeigen uns die Lage der zehn Judenhäuser. Sie lagen Horst-Wessel-Straße 56 (heute Kanalstraße 56), Rheinische Straße 28, Rottstraße 9 und 11, Goethestraße 9, Vidumestraße 11, Franzstraße 11 und in der Dibergstraße Nr. 2 und 4 und die Israelitische Schule in der Wilhelmstraße 16.

Detailliert, anschaulich und anhand authentischer Quellen beleuchtet Hubert Schneider alle "Judenhäuser" in Bochum. Jedem einzelnen Haus ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Darin wird zunächst die Baugeschichte des jeweiligen Objektes dargestellt, auch die Geschichte der Besitzverhältnisse und der Zuschnitt der Häuser.

Sonderfälle stellen das erste und das letzte Judenhaus dar. Denn

das Haus Rheinische Straße 28 war zwar ein „Judenhaus“, aber kein „jüdisches Haus“, wenn man der unsäglichen NS-Terminologie folgen will. Es gehörte einer „arischen“ Familie. Ein Sonderfall war auch das Gebäude der Israelitischen Schule, die gleichzeitig auch die Funktion eines jüdischen Gemeindezentrums hatte. Sie wurde zum Ausgangspunkt für die Transporte ihrer Bewohner in die Konzentrationslager. Hubert Schneider schildert mit den Biogrammen derer, die hier – teilweise nur wenige Tage, teilweise aber auch mehrere Monate – in den notdürftig unterteilten Klassenräumen hausen mussten, das Ende der Bochumer Juden in den Transporten von Januar 1942 nach Riga, April 1942 nach Zamosc und Juli 1942 nach Theresienstadt.

Zum Glück hat aber eine Reihe von Bewohnern die Judenhäuser überlebt, zum Teil mit Angehörigen ihrer Familie. Den Abschnitten des Buchs, das solche Geschichten enthält, verdanken wir weithin auch zusätzliche Schilderungen über das beachtliche Leben der Juden in Bochum – sei es von Angehörigen der Arbeiterbevölkerung rund um den Moltkemarkt, der Kaufleute, die zumeist in der Altstadt ihre Wohn- und Geschäftshäuser hatten, oder der Fabrikanten, Ärzte und Rechtsanwälte, die in großzügigen Villen am Stadtpark residierten. Gerade weil der Autor sich nicht nur auf die NS-Zeit fokussiert, sondern die Biographien teilweise bis zu den Eltern und Großeltern zurückverfolgt, gibt er dem Bild der jüdischen Bevölkerung Bochums mit seinem Buch Ton und Farbe.

Zur historischen Rekonstruktion der Lebensläufe gehört aber auch das Zusammentragen aller Informationen, die zum Stichwort „Wiedergutmachung“ aufzufinden waren. So quälend die Lektüre dieser Passagen des Buches ist, so verdienstvoll ist die umfassende Dokumentation. In dieser Hinsicht wie überhaupt im Blick auf eine Gesamtdarstellung der Judenhäuser einer Stadt dürfte dieses Buch singulär sein, ein Stück historischer Pionierarbeit.

Der übersichtlich angelegte Anhang des Buches enthält ein gut gegliedertes Quellenverzeichnis, das dem Leser eine Vorstellung vermittelt von Umfang und Intensität der Recherche, die der Historiker Schneider betrieben hat. Ein ausführliches Personenregister ermöglicht das rasche Auffinden einzelner Lebensläufe und das besondere „Verzeichnis der Bochumer Judenhäuser und deren Bewohner“ vermittelt nicht nur eine Grundinformation, sondern lässt

immer wieder auch Zusammenhänge erkennen.

Meine Damen und Herren, ich breche hier ab. Als Nichtfachmann steht es mir nicht zu, ein Urteil über dieses Buch abzugeben. Aber als einer, der sich seit fünfundzwanzig Jahren mit Geschichte und Kultur der Juden in Bochum und im Ruhrgebiet beschäftigt, kann ich ermessen, wie viel fachliches Können, wie viel Fleiß und Liebe es brauchte, um ein Buch dieser Art zu schreiben. Daran, dass es zustande kam, haben etliche andere ihren Anteil gehabt. Deren Anteil wird im Dankeswort am Schluss des Buches gewürdigt. Die Anfänge dieser Arbeit gehen zurück in die Zeit der ersten Besuche von jüdischen Emigranten aus Bochum. Die Motivation zur Arbeit an der jüdischen Geschichte Bochums speist sich bei Hubert Schneider aus einer starken Empathie mit dem Schicksal jener Bochumer Juden, die Opfer der Shoa wurden. Aus diesem Impetus ist vor zehn Jahren das Gedenkbuch erwachsen, das wir gemeinsam – Stadtakademie, Stadtarchiv und Verein „Erinnern für die Zukunft“ – herausgebracht haben. Nun, zehn Jahre später, liegt ein Buch vor, das sich streckenweise wie ein Kommentar zum Gedenkbuch liest. Das eigentlich Bewegende sind die Schicksale, die in rund 100 mehr oder weniger ausführlichen Biogrammen dargestellt werden, die nichts beschönigen, aber mit hoher Sensibilität geschrieben sind. Bisher kannten wir allenfalls die Namen. Durch dieses Buch haben die einzelnen Menschen, die diese Namen trugen, wieder Kontur gewonnen, sodass wir uns ihrer erinnern können. Ich bin sicher, dass darüber viele der Angehörigen – bei allem Schmerz, der mit der Kenntnis der näheren Umstände verbunden ist – sehr glücklich sind. Wir in Bochum dürfen schlicht dankbar sein für dieses Buch, weil es die Kenntnis der jüdischen Geschichte Bochums bedeutend erweitert und uns durch die ehrliche Art der Aufarbeitung hilft, mit dieser Geschichte ins Reine zu kommen. Danke, lieber Hubert.

(Manfred Keller)

Die Einrichtung von „Judenhäusern“ und ihre Funktion bei der Vertreibung von Juden:

Das Beispiel Herne und Wanne Eickel

Auf der zentralen Veranstaltung der Stadt Herne anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus hielt Hubert Schneider am 28. Januar 2011 einen Vortrag:

Im März 1939 traten Nationalsozialisten im soeben dem Deutschen Reich angeschlossenen Österreich mit folgender Parole an die Öffentlichkeit: *Zur Nachahmung empfohlen! Heraus mit den Juden aus den guten und billigen Wohnungen!* Ziel war, die Juden aus den begehrten Wohnungen zu vertreiben. Rigoros ging man vor: Rund 10 000 Wohnungen wurden unmittelbar nach dem Anschluss *freigemacht*. An die Stelle der unkoordinierten *wilden* Aktionen traten bald organisierte, staatlich-sanktionierte Raubzüge. Sie bescherten den Wienern bis 1942 weitere 60 000 *freie* Wohnungen. In Berlin dürften es mehr als 30 000 gewesen sein. In München waren es etwa 3000, Hamburg *freute* sich über einen Zugang von 1 900 geräumten Wohnungen, Düsseldorf zog 700 Haushaltungen ein. Jede Stadt hat solche *Gewinne* verbucht. Hinter dem Griff nach den jüdischen Wohnungen standen neben den ideologischen Prinzipien handfeste materielle Interessen. Zum einen ging es darum, die deutsch-jüdische Wohngemeinschaft aufzubrechen, die räumliche Trennung von Deutschen und Juden zu vollziehen; ein Schritt, der auf dem Weg zur anvisierten *Lösung der Judenfrage* unumgänglich war. Zum anderen wollte man durch die Zusammenlegung jüdischer Familien Wohnraum gewinnen, um die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zu entlasten. Angesichts der herrschenden Wohnungsnot, die nach dem Ausbruch und der Ausweitung des Krieges katastrophale Ausmaße annahm, griff man nach den Judenwohnungen. Und je größer der Bedarf wurde, desto konsequenter wurde die Politik der *Entjudung* vorangetrieben. Zwischen Wohnungsbedarf und Vertreibung bestand auch ein Zusammenhang; die Räumung der Wohnungen war die erste Station des Weges, der über die Separierung und die Deportation zur Vernichtung führte. Diese Etappen

wurden nicht improvisiert, sondern planmäßig vorbereitet. Als nach der Pogromnacht 1938 die Entscheidung fiel, die Separierung der deutschen Juden in die Wege zu leiten, wurde der Behördenapparat entsprechend instruiert. Das hieß:

Um Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu vermeiden, muss das Ausscheiden der Juden aus deutschen Wohnungen [...] planmäßig durchgeführt werden

Ende November 1938 kündigte Göring als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan die Überprüfung der jüdischen Wohnverhältnisse an. Ziel war es, *die Juden aus großen Wohnungen in kleinere Wohnungen zusammenzuziehen*. Anders als später in den besetzten Gebieten sollte die Konzentrierung der Juden jedoch nicht zur Bildung von Zwangsgghettos führen. Im Reichsgebiet musste sie *unauffällig [...] in bestimmten Straßen verschiedener Stadtteile* ausgeführt werden. Diese Strategie fand auch die Billigung Hitlers. Am 28. Dezember 1938 teilte Göring den Reichsministern die *Führer-Entscheidung über die Unterbringung von Juden* mit:

Der Mieterschutz für Juden ist generell nicht aufzuheben. Dagegen ist es erwünscht, in Einzelfällen nach Möglichkeit so zu verfahren, dass Juden in einem Haus zusammengelegt werden, soweit die Mietverhältnisse dies gestatten. Aus diesem Grunde ist die Arisierung des Hausbesitzes an das Ende der Gesamtarisierung zu stellen, d.h. es soll vorläufig nur dort der Hausbesitz arisiert werden, wo in Einzelfällen zwingende Gründe dafür vorliegen.

Diese Richtlinien wurden in Paragraphen gekleidet. Mit dem *Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden* vom 30. April 1939 und der Durchführungsverordnung vom 4. Mai 1939 wurde der Mieterschutz für Juden unter Auflagen für den Vermieter aufgehoben. Die gesetzliche Kündigungsfrist brauchte dieser nun nicht mehr einzuhalten, vorausgesetzt, er konnte eine Bescheinigung der kommunalen Behörden vorlegen, die eine *anderweitige Unterbringung* des jüdischen Mieters garantierte. Jüdische Eigentümer von Wohnraum und jüdische Mieter wurden dazu verpflichtet, auf Verlangen der Gemeindebehörden jüdische Untermieter

aufzunehmen. Alle Veränderungen von Mietverhältnissen, an denen Juden beteiligt waren, waren genehmigungs- und gebührenpflichtig. Die damit verbundene Registrierung jüdischer Wohnverhältnisse wurde durch die generelle Anmeldepflicht jüdischen Wohnraums vervollständigt.

Nach den Anordnungen und Anmeldungen machten sich Stadt- und Gemeindebehörden, allen voran die Wohnungsämter, sowie Hausbesitzer und Maklerfirmen daran, *arische* Häuser und Wohnungen zu *entjuden*. Dies alles geschah in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Gestapo- und NSDAP-Stellen. Die zugewiesenen Ersatzwohnungen lagen in den Gebäuden, die Juden gehörten und die noch nicht zur *Arisierung* freigegeben worden waren. Dazu gehörten nicht nur Häuser, Wohnungen und Pensionen von Juden, sondern auch Einrichtungen der jüdischen Gemeinden, Kindergärten und Schulen, Altersheime und Krankenhäuser, Büros und Versammlungszimmer, Betsäle und Friedhofshallen. Diese mussten zur Unterbringung der obdachlos gewordenen hergerichtet werden. Die Entwicklung zur Errichtung von *Judenhäusern* bahnte sich an. Daneben standen die Bemühungen, *arische* Mieter zum freiwilligen Auszug aus jüdischen Wohnungen zu bewegen. Da für sie der gesetzliche Mieterschutz weiter bestand, appellierte man an ihr *gesundes Volksempfinden* oder schlug ihnen einen Wohnungstausch vor. Als dann auf dem Verordnungswege die jüdischen Mietverhältnisse auch in jüdischen Häusern aufgelöst wurden, setzte eine zweite Kündigungswelle ein

In der Folge entstanden in allen deutschen Städten „Judenhäuser“, in Bochum waren es beispielsweise 10, in Herne waren es 3, in Wanne-Eickel 2.

Die durch die Neuregelung der Mietverhältnisse erzwungenen Wohnungswechsel stellten für die Betroffenen einen massiven Eingriff in ihre Privatsphäre und einen Angriff auf das Selbstwertgefühl der Menschen dar. Wohnungen, die in den Jahren zuvor zu Schutzräumen vor einer feindlichen Umwelt geworden waren, sowie zu Trägern von Erinnerungswerten an eine glückliche Vergangenheit, mussten verlassen werden. Mit der Einweisung in die „Judenhäuser“ fielen die Verdienstmöglichkeiten durch die

Aufnahme von Untermietern und Mittagstischgästen aus, die von vielen zur Sicherung des Lebensunterhalts benötigt wurden. Die Wohnungswechsel bedeuteten den Verlust der Hausgemeinschaft sowie des vertrauten Stadtviertels. Sie waren ein nicht zu ignorierendes Zeichen des sozialen Abstiegs, da die Räumlichkeiten beengter, dunkler und primitiver waren und man sich Hals über Kopf von vertrauten Einrichtungsgegenständen trennen musste.

Wie sich das Leben – auch da Zusammenleben mit vielen anderen Menschen auf engstem Raum – in den „Judenhäusern“ gestaltete, darüber geben viele Zeugnisse von Überlebenden Auskunft. Hier sei nur Victor Klemperer zitiert, der selbst von Mai 1940 bis Februar 1945 mit seiner christlichen Ehefrau in insgesamt drei „Judenhäusern“ leben musste, und auf vielen hundert Seiten seines Tagesbuchs immer wieder das Leben unter den zunehmend schlimmer werdenden äußeren Bedingungen beschreibt. So am 14. Dezember 1943:

Das Schlimmste hier ist die Promiskuität. An einer Diele stoßen die Türen dreier Ménages: Cohns, Stühlers, wir. Badezimmer und Klo gemeinsam. Küche gemeinsam mit Stühlers, nur halb getrennt – eine Wasserstelle für alle drei -, ein kleiner anstoßender Küchenraum für Cohns. Zwischen Cohns und Stühlers starke Spannung. Cohns warnten mich vor Frau Stühler, ich sollte nur gleich und schroff meine Rechte beanspruchen und abgrenzen. Es scheint aber nicht so schlimm zu sein. Stühlers bemühen sich freundlich um uns, ich musste eine Weile in ihr Zimmer. Ein bayrisches Ehepaar, noch jung, ein Sohn von vierzehn Jahren. ... Trotzdem die Promiskuität. Es ist schon halb ein Barackenleben, man stolpert übereinander, durcheinander. Und die ganze Judenheit auf einem Haufen ... Die Öffentlichkeit und Promiskuität dieses Lebens scheint mir das Schlimmste. ... Viele der Leute, mit denen wir gern in Frieden lebten, sind untereinander verfeindet, verketzern sich. Cohn schimpft auf Stühlers – ‚es sind eben Bayern!‘, Konrad und Berger toben gegeneinander...

Die Geschichte der Juden in Herne und Wanne-Eickel ist durch die Studien von Ralf Piorr gut aufgearbeitet. Unter Berücksichtigung dieser Forschungsergebnisse und mit den Materialien, die

mir Herr Piorr und Herr Hildebrandt vom Stadtarchiv freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben, werde ich versuchen, unter dem Aspekt „Judenhäuser“ deren Rolle bei der Vertreibung der Juden in Herne und Wanne-Eickel zu beleuchten.

Einen guten Einstieg bieten die Erinnerungen von Irmgard Ray, die als 16-jährige mit ihren Eltern ihre angestammte Wohnung verlassen und in ein „Judenhaus“ einziehen musste.

Sie erinnert sich:

Wir wohnten in einer Wohnung über der ‚Schauburg‘ in der Bahnhofstraße. Dann wurden wir aus unserer Wohnung gejagt und mussten zusammenziehen. Wir hatten ein Zimmer und Küche in einem alten Haus über dem Nordseegeschäft, gegenüber der Kaiser-Wilhelmstraße (heute Viktor Reuter-Straße). Das gehörte einem alten jüdischen Herrn mit Namen Gans. Das Haus wurde gefüllt und etwas weiter in der Bahnhofstraße war ein Saal hinter einem Geschäft nicht weit von der Kampstraße. Wir nannten den Saal ‚unser Heim‘. Da es Juden nicht erlaubt war, ins Kino oder Restaurant zu gehen, hatten wir Veranstaltungen und spielten Tischtennis im Heim. Aber dann in 1940 wurde das Heim die Wohnung von Juden. Jede Familie bekam ein paar Meter zum Leben. Die Leute hängten Gardinen an jeder Seite, so dass sie etwas privat hatten. Es gab nicht viel zu essen, aber ich weiß, dass meine Mutter das silberne Besteck und andere wertvolle Sachen für Essen umtauschte.

Das Haus, in das die Familie Ray zog, war das Haus in der damaligen Bahnhofstraße 57/59, heute Robert-Brauner-Platz 1. Es gehörte Moritz Gans, einem der wichtigsten Repräsentanten der jüdischen Gemeinde: Er war jahrelang ihr Vorsitzender, leitete bis 1934 die Herner Ortsgruppe des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und war zeitweilig Stadtverordneter. Im Erdgeschoss lag das Konfektions- und Textilgeschäft Gans, das inzwischen „abgewickelt“ worden war, so nannte man die Liquidierung von Geschäften damals. Er selbst wohnte im Obergeschoss. Dort befand sich auch das Büro der jüdischen Gemeinde. Die Geschichte des Moritz Gans ist ja gut aufgearbeitet, Schülerinnen und Schüler des Otto-Hahn-Gymnasiums haben eine Gedenktafel erarbeitet, die inzwischen am Robert-Brauner-Platz 1 aufgestellt wurde.

Norbert Gans gehörte auch das Haus Bahnhofstraße 53, das 1940 ebenfalls zu einem „Judenhaus“ wurde.

Das von Irmgard Ray in ihrem Bericht genannte „Heim“ befand sich in der Kampstraße 14, heute Poststraße. Es wurde zum dritten „Judenhaus“ in Herne.

Die Behörden von Wanne-Eickel fassten die örtlichen Juden im ehemaligen Armenhaus Auf der Wilbe 31 in Röhlinghausen und in Wanne im Haus Emscherstraße 142 zusammen.

Was bedeutete es, dass diese Gebäude zu „Judenhäusern“ wurden? Wie viele Menschen wurden dort zusammengepfercht, um dort unter den von Victor Klemperer und auch von Frau Ray angedeuteten verheerenden Bedingungen zu vegetieren, bis sie schließlich deportiert wurden?

Einen Hinweis geben zumeist die Adressbücher der Jahre 1940 und 1942. Die sind in Herne nicht überliefert oder es gab keine.

Zum Glück für den Historiker sind für Herne die Deportationslisten aus dem Jahre 1942 erhalten.

Es handelt sich dabei um die Transporte vom Januar 1942 nach Riga, April 1942 nach Zamosc und nach Theresienstadt vom Juli 1942.

Schauen wir uns diese Listen etwas genauer an:

Im Januar 1942 wurden 41 Herner jüdische Bürger nach Riga deportiert. Davon lebten zuvor 13 Personen oder 9 Familien im Haus Bahnhofstraße 53, 8 Personen oder 4 Familien im Haus Bahnhofstraße 57/59, 14 Personen oder 5 Familien im Haus Kampstraße 14.

Im April 1942 wurden 27 jüdische Bürger aus Herne nach Zamosc deportiert. Davon lebten zuvor 10 Personen oder 5 Familien im Haus Bahnhofstraße 53, 7 Personen oder 3 Familien im Haus Bahnhofstraße 57/59, 1 Person im Haus Kampstraße 14.

Im Juli 1942 wurden 22 Herner jüdische Bürger nach Theresienstadt deportiert. Davon lebten zuvor 2 Personen oder 1 Familie im Haus Bahnhofstraße 53, 9 Personen oder 6 Familien im Haus Bahnhostraße 57/59, 7 Personen oder 5 Familien im Haus Kampstraße 14.

Fassen wir zusammen:

Von den lt. Piorr Anfang 1942 noch in Herne lebenden 136 Juden wurden in den 3 großen Deportationen des Jahres 1942 90 verschleppt.

Davon wohnten zuletzt 25 Personen oder 15 Familien in der Bahnhofstraße 53, 24 Personen oder 13 Familien in der Bahnhofstraße 57/59, 22 Personen oder 11 Familien in der Kampfstraße 14.

Die Menschen waren alle ab 1939 in diese Häuser eingewiesen worden. Das Adressbuch der Stadt Herne von 1938 besagt, dass zu diesem Zeitpunkt keine dieser Familien in diesen Häusern wohnte, ausgenommen Moritz Gans, der in seinem Haus Bahnhofstraße 57 lebte.

Die Überlieferung für Wanne-Eickel ist nicht so gut wie für Herne.

Daten konnte ich nur für das Haus Auf der Wilbe 31, das ehemalige Armenhaus, finden. Von den 12 im Juli 1942 von Wanne-Eickel nach Theresienstadt deportierten Juden aus Wanne-Eickel wohnten zuletzt 10 Personen oder 7 Familien in dem Haus Auf der Wilbe 31. Unter ihnen war der 1871 geborene Otto Blumenfeld, der am 6. Januar 1954 in einer eidesstattlichen Erklärung sagte:

Im Juli 1942 wurde ich mit neun anderen Juden in Wanne-Eickel von der Gestapo aus der Wohnung geholt. In einem Omnibus wurden wir über Bochum nach Dortmund geschafft und drei Tage lang im Quarantänestall des Dortmunder Schlachthofes untergebracht. Von dort aus wurden wir in das KZ Theresienstadt deportiert. Im Zeitpunkt der Verhaftung wohnte ich nicht mehr in meiner Wohnung, ich war vielmehr mit den anderen neun Juden schon einige Zeit vorher im Armenhaus in Röhlinghausen untergebracht worden. Von dort wurden wir abgeholt.

Die hier genannten Zahlen für die Belegung der Judenhäuser in Herne und Wanne-Eickel sind sicher nicht vollständig, wenn wir berücksichtigen, dass ja auch 1943 noch Juden aus Herne verschleppt wurden. Deutlich wird aber die Funktion der „Judenhäuser“: Die Juden wurden in wenigen Häusern kon-

zentriert, waren fortan leicht zu überwachen, die Deportationen waren problemlos zu organisieren. Und: Die Häuser lagen im Zentrum der Stadt, das Geschehen fand in aller Öffentlichkeit statt, wer sehen wollte, konnte sehen.

Es bleiben Fragen, die der Beantwortung harren:

- Was wurde aus den Wohnungen, in denen die in die Judenhäuser eingewiesenen Menschen vorher gelebt hatten? Denn dass es auch in Herne private Nutznießer der Verdrängung der Juden gab, ist gewiss. Einen Hinweis gibt ein Schreiben der Gestapo Bochum an den Oberbürgermeister der Stadt Wanne-Eickel vom 30. Juli 1942. Da heißt es: *Betr. Abschub von Juden. Beiliegend übersende ich Ihnen eine Liste über die Juden, die am 27.7.42 aus Ihrem Stadtgebiet nach Theresienstadt abgeschoben wurden. Bezüglich der durch die Abschiebung der Juden freigewordenen Wohnungen bitte ich, mit dem für Ihre Stadtgebiet zuständigen Finanzamt in Verbindung zu treten, da dieses im Besitz der Schlüssel der freigewordenen Wohnungen ist.*
- Diese Schreiben führt zu der Frage: Was wurde aus dem Besitz der deportierten Herner Juden? Für Bochum, stellvertretend für die anderen Städte, kann diese Frage geklärt werden. Wilhelm Werner, vor und nach 1945 Angestellter des Finanzamtes Bochum, selbst beteiligt bei der Erfassung des Besitzes der deportierten Juden, erklärte während der Sitzung des Wiedergutmachungsamtes in Bochum am 7. August 1951 unter Eid: *Im Januar 1942 wurden die jüdischen Familien abtransportiert. Deren Wohnungen wurden dann von der Gestapo versiegelt. Das Finanzamt Bochum erhielt dann vom Oberfinanzpräsidenten in Münster den Auftrag, die Wohnungseinrichtungen der Juden zu übernehmen und zu verwerten. Dies geschah in folgender Weise: Das Finanzamt stellte ein Verzeichnis der vorhandenen Sachen auf. Die Sachen wurden dann später veräußert und zwar 60 bis 70 % an das hiesige Wohlfahrtsamt. Vorher waren die Sachen zu einem Lager in der Wilhelmstraße gebracht worden. ... Vor der Abgabe wurden die Sachen abgeschätzt. Dies machte im Auftrage des Finanzamtes ein Herr Rehling, der Möbelfachmann war. Die Schätzung gab den Verkaufswert an. Es kam verschiedentlich vor, dass das Wohlfahrtsamt den Preis der*

einzelnen Sachen beanstandete. Diese Sachen wurden dann anderweitig freihändig verkauft. Die Durchführung dieser Maßnahme war dem Steuerrat Keuser übertragen worden. Von ihm hatte ich einen Auftrag zur selben Zeit erhalten. Ich war im Innendienst beschäftigt und arbeitete mit einem Vollziehungsbeamten zusammen. Für jeden Fall, d.h. für jede Wohnung wurde eine besondere Akte angelegt. Interessant ist der Hinweis des Zeugen Werner, dass alle diese Akten kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner im Jahre 1945 auf höhere Anweisung vernichtet wurden.

- Das führt zur nächsten Frage: Wie liefen die sogenannten Wiedergutmachungsverfahren nach dem Krieg ab, die von den Angehörigen der ermordeten Juden oder – fall es solche Angehörige nicht gab – von den zentralen jüdischen Organisationen angestrengt wurden? Die Tatsache, dass die Akten, die, wie Werner sagte, ja eine genaue Aufstellung der Einrichtungen der Wohnungen enthielt, vernichtet worden waren, führte zu den für die Opfer unsäglich schrecklichen Verfahren, in denen die Opfer beweisen mussten, wie die Wohnungen der Ermordeten eingerichtet waren.

Meine Damen und Herren, sie sehen, dass noch viele Fragen offen sind, deren Beantwortung uns nicht nur über das Schicksal der einzelnen jüdischen Familien Auskunft geben könnte, sondern, erweitert man die Nachforschungen auf die Geschichte dieser Familien auf die Zeit vor 1933, auch darüber, welche Rolle die Juden in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft unserer Städte spielten. Für Bochum kann ich sagen: Sie war nicht unbedeutend.

Schließen möchte ich mit einer Notiz, die der Polizeipräsident der Stadt Bochum am 18.1.1943 an sämtliche Polizeireviere und Zweigstellen schickte.

Betrifft: Wegfall einer Terminmeldung. Die durch Verfügung vom 23.7.1938 geforderte vierteljährliche Meldung über die Anzahl der im Revierbereich vorhandenen Juden braucht fortan nicht mehr erstattet zu werden.

Zu diesem Zeitpunkt lebten in Deutschland nur noch sehr wenige Juden, auch in Herne und Wanne-Eickel, wie wir gesehen haben.

Am 19. Juli 1943 wurde Deutschland offiziell für *judenrein* erklärt.

(Hubert Schneider)

Schana Tova

Zu Rosch Haschana 5772

wünschen wir

allen Freunden und

Förderern

im In- und Ausland

Gesundheit

sowie

ein glückliches

und

friedvolles neues Jahr.